

SGB 055/2012

*Sperrfrist bis am  
Dienstag 8. Mai 2012,  
10:30h*

## ***Massnahmenplan 2013 zur Erreichung eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes***

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates  
an den Kantonsrat von Solothurn  
vom 8. Mai 2012, RRB Nr. 2012/933

### **Zuständiges Departement**

Finanzdepartement

### **Vorberatende Kommission(en)**

Finanzkommission

## Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung .....	3
1. Ausgangslage .....	5
1.1 Finanzielle Chancen und Risiken .....	6
1.2 Chancen .....	6
1.3 Risiken.....	6
1.4 Massnahmenplanung .....	7
1.5 Vernehmlassungsverfahren.....	7
1.6 Erwägungen, Alternativen.....	7
1.7 Methodik .....	8
2. Verhältnis zur Planung .....	8
3. Auswirkungen .....	8
3.1 Staatskanzlei .....	9
3.2 Bau- und Justizdepartement.....	9
3.3 Departement für Bildung und Kultur.....	10
3.4 Finanzdepartement .....	10
3.5 Departement des Innern .....	11
3.6 Volkswirtschaftsdepartement .....	12
4. Personelle und finanzielle Konsequenzen .....	12
4.1 Personelle Konsequenzen .....	12
4.2 Finanzielle Konsequenzen .....	12
4.3 Vollzugsmassnahmen .....	14
4.4 Folgen für die Gemeinden .....	14
4.5 Wirtschaftlichkeit.....	14
5. Rechtliches.....	14
5.1 Rechtmässigkeit .....	14
5.2 Zuständigkeit .....	15
6. Antrag.....	15
7. Beschlussesentwurf .....	17

## Anhang/Beilagen

Massnahmenplan 2013

## Kurzfassung

Seit einiger Zeit ist absehbar, dass sich die Finanzlage des Kantons Solothurn ab dem Jahr 2012 verschlechtern wird. Nachdem von 2003 bis 2011 in einer Folge neun positive operative Resultate ausgewiesen werden konnten, hat sich die finanzpolitische Ausgangslage in diesem Jahr deutlich verschlechtert. Der Kantonsrat hat am 14. Dezember 2011 den Voranschlag 2012 mit einem operativen Fehlbetrag von 110 Mio. CHF verabschiedet.

Diese Entwicklung hat insbesondere folgende Gründe:

- Eine neue Vereinbarung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) mit dem Bund führt dazu, dass die Gesamtausschüttungen an Bund und Kantone von bisher 2,5 Mia. CHF auf 1 Mia. CHF reduziert werden. Ursprünglich gingen wir davon aus, dass für 2011 keine Ausschüttung erfolgen wird. Da die SNB aber für 2011 einen Gewinn von 13 Mia. CHF ausweist (vgl. Geschäftsbericht der SNB vom 5. April 2012), kann der Kanton Solothurn mit einer Ausschüttung von 21 Mio. CHF rechnen, was einen Rückgang von 33 Mio. CHF bedeutet.
- Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) mit der freien Spitalwahl führt beim Kanton im Jahr 2012 zu Mehrkosten von rund 40 Mio. CHF (Kostenbeteiligung des Kantons von 50 %), bis 2017 zu rund 60 Mio. CHF (wenn der Kanton den gesetzlich vorgeschriebenen Satz von 55 % der Spitalkosten tragen wird).
- Deutliche Kostensprünge verzeichnen namentlich die Bereiche Bildung (verschiedene vom Volk und dem Kantonsrat gutgeheissene Reformen) und Soziales. Bei Letzterem fällt die deutliche Kostenzunahme bei den Ergänzungsleistungen im Alter und IV (EL AHV/IV) sowie bei der Pflegefinanzierung auf.
- Die vom Kantonsrat beschlossene Steuersatzreduktion von 104 auf 100 % der Staatssteuer bei natürlichen Personen führt 2012 zu Einnahmenausfällen von 22,5 Mio. CHF. Zudem wird ab diesem Jahr auch der zweite Teil der Steuergesetzreform 2007 wirksam, was zu Einnahmenausfällen von rund 15 Mio. CHF führt. Weiter führt die labile Wirtschafts- und Finanzlage zu tieferen, volatilen Steuererträgen bei den juristischen Personen.

Wie bereits verschiedentlich angekündigt, sehen wir uns deshalb veranlasst, Ihnen einen umfassenden Massnahmenkatalog zu unterbreiten, damit mittelfristig wieder ein ausgeglichenes operatives Ergebnis erreicht werden kann. Das vorgeschlagene Paket umfasst für den Zeitraum ab 2013 Massnahmen von gesamthaft 52 bis 100 Mio. CHF, davon auf der Aufwandseite Einsparungen zwischen 21 und 55 Mio. CHF und auf der Ertragsseite Mehreinnahmen von 31 bis 45 Mio. CHF.

Der vorliegende Massnahmenkatalog ist in der Finanzplanung des IAFP 2013-16 nicht enthalten. Es ist eine Auflistung von Massnahmen, welche im Detail noch beschlossen werden müssen. Erst nach rechtmässigem Beschluss werden die einzelnen Massnahmen in die Finanzplanung integriert.



Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf über den Massnahmenplan 2013 zur Erreichung eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes.

## 1. Ausgangslage

Seit einiger Zeit ist absehbar, dass sich die Finanzlage des Kantons Solothurn ab dem Jahr 2012 verschlechtern wird. Nachdem von 2003 bis 2011 in einer Folge neun positive operative Resultate ausgewiesen werden konnten, hat sich die finanzpolitische Ausgangslage in diesem Jahr deutlich verschlechtert. Der Kantonsrat hat am 14. Dezember 2011 den Voranschlag 2012 mit einem operativen Fehlbetrag von 110 Mio. CHF verabschiedet. Das Eigenkapital des Kantons wird sich um diesen Betrag vermindern. Zudem genehmigte der Kantonsrat Nettoinvestitionen von 128 Mio. CHF, was zu einem Finanzfehlbetrag von 176 Mio. CHF führen wird. In diesem Umfang wird sich der Kanton Solothurn neuverschulden müssen.

Gemäss IAFP 2013-16 wird das Jahr 2013 mit einem Fehlbetrag von rund 120 Mio. CHF und die Jahre 2014-16 mit solchen von 143 bis knapp 160 Mio. CHF abschliessen, was ohne Gegenmassnahmen zur Folge haben könnte, dass das Eigenkapital im Verlaufe des Jahres 2016 aufgebraucht sein wird, ein Bilanzfehlbetrag resultiert und damit die Schuldenbremse wirksam werden wird.

Diese Entwicklung hat insbesondere folgende Gründe:

- Die Schweizerische Nationalbank (SNB) und das Eidg. Finanzdepartement (EFD) haben aufgrund der grossen Verluste der SNB im Jahre 2010, verursacht durch die währungspolitischen Interventionen am Devisenmarkt, am 21. November 2011 eine neue Vereinbarung über die Ausschüttung an den Bund und die Kantone abgeschlossen. Danach werden die Ausschüttungen auf 1 Mia. CHF beschränkt, sofern die Ausschüttungsreserve einen positiven Saldo ausweist. Höhere Ausschüttungen können erst ausgehandelt werden, sofern die Ausschüttungsreserve einen Stand von 10 Mia. CHF erreicht hat. Diese neue Vereinbarung führt dazu, dass die Gesamtausschüttungen an Bund und Kantone von bisher 2,5 Mia. CHF auf 1 Mia. CHF reduziert werden. Ursprünglich gingen wir davon aus, dass für 2011 keine Ausschüttung erfolgen wird. Da die SNB aber für 2011 einen Gewinn von 13 Mia. CHF ausweist (vgl. Geschäftsbericht der SNB vom 5. April 2012), kann der Kanton Solothurn mit einer Ausschüttung von 21 Mio. CHF rechnen, was einen Rückgang von 33 Mio. CHF bedeutet.
- Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) mit der freien Spitalwahl führt beim Kanton im Jahr 2012 zu Mehrkosten von rund 40 Mio. CHF (Kostenbeteiligung des Kantons von 50 %), bis 2017 zu rund 60 Mio. CHF (wenn der Kanton den gesetzlich vorgeschriebenen Satz von 55 % der Spitalkosten tragen wird).
- Deutliche Kostensprünge verzeichnen namentlich die Bereiche Bildung (verschiedene vom Volk und dem Kantonsrat gutgeheissene Reformen) und Soziales. Bei Letzterem fällt die deutliche Kostenzunahme bei den Ergänzungsleistungen im Alter und IV (EL AHV/IV) sowie bei der Pflegefinanzierung auf. So haben sich beispielsweise die Nettokosten für den Kanton Solothurn bei der EL AHV/IV seit 2007 von 46 auf 89,8 Mio. CHF im Jahr 2011 nahezu verdoppelt und auch für die Zukunft ist mit signifikanten Kostensteigerungen in diesem Bereich zu rechnen (vgl. IAFP 2013 – 16).

- Die vom Kantonsrat beschlossene Steuersatzreduktion von 104 auf 100 % der Staatssteuer bei natürlichen Personen führt 2012 zu Einnahmehausfällen von 22,5 Mio. CHF. Zudem wird ab diesem Jahr auch der zweite Teil der Steuergesetzreform 2007 wirksam, was zu Einnahmehausfällen von rund 15 Mio. CHF führt. Weiter führt die labile Wirtschafts- und Finanzlage zu tieferen, volatilen Steuererträgen bei den juristischen Personen. In den nächsten Jahren ist überdies mit dem Ausgleich der kalten Progression zu rechnen, was wiederum markante Ertragsausfälle mit sich bringen wird.

Trotz Sparbemühungen im Rahmen der Budgetberatungen für das Jahr 2012 rechnen wir (unter Berücksichtigung der nicht budgetierten Ausschüttung der SNB) mindestens mit einem Defizit von 89,5 Mio. CHF. Da der grösste Steuerzahler des Kantons, die Alpiq AG, für 2011 einen Verlust von 1,346 Mia. CHF ausweist und der Kanton Solothurn mit seiner starken Exportabhängigkeit auch unter dem hohen Schweizer Franken leidet, gehen wir davon aus, dass wir die budgetierten Steuereinnahmen zumindest bei den juristischen Personen nicht erreichen werden. Auch werden die Finanzerträge deutlich unter Budget abschliessen (massive Kürzung der Alpiq-Dividende von letztes Jahr CHF 8.70 auf CHF 2.- je Aktie, was einen Rückgang des Ertrages für den Kanton von 13,2 Mio. CHF auf 3 Mio. CHF mit sich bringt).

Wohl verfügt der Kanton Solothurn Ende 2011 noch über ein Eigenkapital von 571,6 Mio. CHF. Dieses vermag allerdings die Risiken der folgenden Jahre nicht mehr aufzufangen. Würde man der weiteren Entwicklung mit dem absehbaren strukturellen Defizit von rund 150 Mio. CHF nicht mit Gegenmassnahmen entgegenzutreten, wäre das vorhandene Eigenkapital im Jahre 2014 bereits aufgebraucht und es würden sich Bilanzfehlbeträge einstellen. Die Folge davon wären einerseits ein schlechteres Kreditrating der Ratingagentur Standard & Poor's (zur Zeit AA+, stabil) und damit schlechtere Konditionen bei der Geldaufnahme auf dem Kapitalmarkt, andererseits würde die Schuldenbremse wirken, was den finanziellen Spielraum des Kantons empfindlich einschränken und mit zeitlicher Verzögerung wiederum zur Erarbeitung eines Massnahmenpaketes führen würde, allerdings in einem grösseren Umfang und mit einem markanten Leistungsabbau.

### 1.1 Finanzielle Chancen und Risiken

Es bestehen zweifellos auch finanzielle Chancen und Risiken, welche im IAFP noch nicht abgebildet sind, weil sie zeitlich und auch vom Betrag her noch nicht klar zu definieren sind.

### 1.2 Chancen

Die Wirtschaftsprognosen für die nächsten Jahre haben sich etwas verbessert. Sollte sich eine entsprechende Erholung der Wirtschaft tatsächlich einstellen und zugleich auch die hohe Bewertung des Frankens ein Ende finden, würde sich das auch positiv auf die Steuererträge auswirken.

### 1.3 Risiken

Allerdings bestehen auch nachhaltige finanzielle Risiken, die im IAFP noch nicht festgehalten werden konnten.

Dabei ist in erster Linie ist die Sanierung der Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO) zu erwähnen. Die PKSO weist per 31.12.2011 eine Deckungslücke von 1,092 Mia. CHF aus, was einem Deckungsgrad von 70,8 % entspricht. Auch wenn die Details noch Bestandteil laufender Verhandlungen sind, ist abzusehen, dass über die nächsten Jahre erhebliche Belastungen in zweistelliger Millionenhöhe für den Staatshaushalt entstehen werden, selbst wenn die Sanierung über die nächsten 40 Jahre verteilt wird.

Die weitere Konjunktorentwicklung ist – wie bereits erwähnt - schwer zu prognostizieren, was sich in weiterhin volatilen Steuererträgen insbesondere bei den juristischen Personen manifestieren wird.

Die Neuordnung des innerkantonalen Finanzausgleichs wird ab 2016 die bisherige Übergangslösung (zusätzliche Einlage des Kantons in den direkten Finanzausgleich von 15 Mio. CHF), welche 2015 spätestens ausläuft, ersetzen. Es ist noch nicht abzusehen, wie hoch die Einlage des Kantons in den direkten Finanzausgleich in der definitiven Fassung sein wird.

Ferner gehen wir davon aus, dass im Zusammenhang mit den Altlasten (beispielsweise beim Stadtmist Solothurn) finanzielle Forderungen auf den Kanton zu kommen könnten.

#### 1.4 Massnahmenplanung

Wie bereits verschiedentlich angekündigt, sehen wir uns deshalb veranlasst, Ihnen einen umfassenden Massnahmenkatalog zu unterbreiten, damit mittelfristig wieder ein ausgeglichenes operatives Ergebnis erreicht werden kann. Das vorgeschlagene Paket umfasst für den Zeitraum ab 2013 Massnahmen von gesamthaft 52 bis 100 Mio. CHF, davon auf der Aufwandseite Einsparungen zwischen 21 und 55 Mio. CHF und auf der Ertragsseite Mehreinnahmen von 31 bis 45 Mio. CHF.

#### 1.5 Vernehmlassungsverfahren

Zum vorliegenden Massnahmenpaket wurde keine vorgängige Vernehmlassung durchgeführt. Sollte der Kantonsrat dem vorliegenden Massnahmenplan zustimmen, werden zu den einzelnen Massnahmen Detailvorlagen ausgearbeitet, welche gegebenenfalls einem Vernehmlassungsverfahren unterzogen werden können.

#### 1.6 Erwägungen, Alternativen

Wie bereits dargelegt, gibt es zur Ausarbeitung eines Massnahmenplanes keine Alternative. Würde der Regierungsrat keine strukturellen Massnahmen in der vorliegenden Form vorschlagen, entstünde ein strukturelles Defizit für den Kanton Solothurn von mindestens 100 - 150 Mio. CHF. Dieses einfach tatenlos hinzunehmen, wäre verantwortungslos und würde die gute finanzielle Ausgangslage innert kürzester Zeit zunichte machen.

Erschwerend bei der Ausarbeitung des Massnahmenplanes sind allerdings zwei Faktoren:

- Die Solothurner Verwaltung wurde in der Vergangenheit bereits mehreren strukturellen Bereinigungen (z.B. STRUMA, So+) unterzogen. Im Vergleich zu anderen Kantonen gilt die Verwaltung als schmal und effizient. Noch weitere Einschnitte in der auch durch die jahrelange Anwendung der WOV-Philosophie auf das Notwendige zurückgestufte Verwaltung vorzunehmen, fällt zusehends schwer. Andere Kantone, welche auch gezwungen sind, Sparpakete zu schnüren, haben diesbezüglich einen ungleich grösseren Spielraum.
- Die beeinflussbaren Ausgaben des Kantons nehmen laufend ab. Im IAFP 2008-11 haben wir diese Tendenz ein erstes Mal abgebildet. Dem IAFP 2013-16 ist zu entnehmen, dass sich der beeinflussbare Teil der Gesamtausgaben inzwischen von rund 35 % auf 30 % reduziert hat. Diese Tendenz hält weiterhin an und macht es um so schwieriger, Mehrkosten, welche exogen entstehen, innerhalb des beeinflussbaren Rahmens zu kompensieren (so müssen beispielsweise die zusätzlichen Kosten aus der KVG-Revision durch die beeinflussbaren Kosten in der Autonomie des Kantons oder durch Steuererhöhungen kompensiert werden).

## 1.7 Methodik

Der vorliegende Massnahmenkatalog ist in der Finanzplanung des IAFP 2013-16 nicht enthalten. Es ist eine Auflistung von Massnahmen, welche im Detail noch beschlossen werden müssen. Erst nach rechtmässigem Beschluss werden die einzelnen Massnahmen in die Finanzplanung integriert.

Der IAFP 2013-16 enthält Massnahmen, welche von den Departementen bereits in eigener Kompetenz umgesetzt werden können oder solche, die betragsmässig nicht materiell sind (in der Regel unter CHF 200'000.--).

Zu berücksichtigen ist ebenfalls, dass es sich bei den finanziellen Auswirkungen bei den einzelnen Massnahmen um Richtgrössen handelt. Die Beträge wurden aus heutiger Sicht, unter Berücksichtigung der heutigen Rahmenbedingungen, geschätzt und können in der Zukunft durchaus von den getroffenen Annahmen abweichen.

## 2. Verhältnis zur Planung

Mit dem vorliegenden Massnahmenpaket soll das Legislaturziel C 1.4 „Nachhaltige Finanzpolitik“ umgesetzt werden. Die Massnahmenplanung ist dort explizit erwähnt und wird mit dem vorliegenden Geschäft dem Kantonsrat zur Beschlussfassung überwiesen.

Die Einzelmassnahmen sind – wie oben erwähnt - im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2013-16 (IAFP 2013-16) nicht enthalten.

Das zu erwartende operative Ergebnis der Jahre 2013-16 lässt sich demnach wie folgt errechnen (in 1'000 CHF):

Gesamtverwaltung IAFP	118'718	146'063	157'433	142'933
- Total Einsparungen Massnahmen	52'153	84'864	92'194	100'297
<b>Total Aufwandüberschuss</b>	<b>66'565</b>	<b>61'199</b>	<b>65'239</b>	<b>42'636</b>

Sobald die 61 Massnahmen im Rahmen von konkreten Vorlagen durch die zuständigen Instanzen beschlossen worden sind, werden sie in den folgenden Jahren in den jeweils aktuellen IAFP und somit in die Planung integriert.

## 3. Auswirkungen

Die Massnahmen verteilen sich auf die Staatskanzlei und sämtliche Departemente. Die Departemente, deren Ausgaben am stärksten beeinflussbar sind, sind betragsmässig auch am stärksten betroffen.

Die Massnahmen sind im Anhang im Detail dargestellt. Ersichtlich sind in der tabellarischen Darstellung jeweils das Ziel der Massnahmen, eine Kurzbeschreibung, mögliche Abhängigkeiten und Konflikte, der konkrete Antrag sowie die Veränderungskompetenz und die Priorität. Dann werden die Entlastungen für die Jahre 2013-16 und den Folgejahren dargestellt.

Anschliessend werden die Massnahmen summarisch vorgestellt, gegliedert nach Staatskanzlei und Departementen.

### 3.1 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei sieht ein Verbesserungspotential im Bereich der Porto-Vereinbarungen mit der Post, welche neu ausgehandelt werden.

	2013	2014	2015	2016	Folgejahr
<b>BEH</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
BEH_1 Tarifverhandlungen Post	0	100	100	100	100

### 3.2 Bau- und Justizdepartement

Das BJD schlägt insgesamt 16 Massnahmen vor, wie die folgende Gesamtübersicht zeigt:

	2013	2014	2015	2016	Folgejahr
<b>BJD</b>	<b>2'201</b>	<b>10'496</b>	<b>5'510</b>	<b>14'142</b>	<b>13'872</b>
BJD_1 Gebührenanpassung der Beratungsdienste im Bau	90	90	90	90	90
BJD_2 Keine Beiträge an Natur- und Landschaftsschutzorganisationen	37	37	37	37	37
BJD_3 Keine Beiträge an Ortsplanungsrevisionen	100	100	100	100	100
BJD_4 Verwaltungs-Raumkonzept 2025	373	618	618	1'250	2'480
BJD_5 Erhöhung interne Parkplatzgebühren	300	300	300	300	300
BJD_6 Keine Beiträge an Verkehrsorganisationen	21	21	85	85	85
BJD_7 Verkauf der Autobahnraststätten	0	6'100	100	100	100
BJD_8 Realisierung der Bodenkartierung aufschieben	200	200	200	200	200
BJD_9 Gelegentliches nachführen der Gefahrenkarten	80	80	80	80	80
BJD_10 Verkauf Bootshafen Solothurn	0	1'000	0	0	0
BJD_11 Plafonierung der Investitionsrechnung auf CHF 125 Mio. im BJD	900	1'350	1'800	2'300	2'800
BJD_12 Plafonierung ÖV-Angebot auf Stand 2013	0	500	2'000	2'000	2'000
BJD_13 Erhöhung Beiträge aus Lotteriefonds für Denkmalpflege	100	100	100	100	100
BJD_14 Verkauf Borregaard-Areal	0	0	0	1'000	1'000
BJD_15 Verkauf Schöngrün-Areal	0	0	0	4'000	2'000
BJD_16 Heimfallverzicht Wasserkraftwerke	0	0	0	2'500	2'500

Darunter sind vor allem Verbesserungen in der Erfolgsrechnung enthalten, aber auch eine Plafonierung der Investitionsrechnung.

Die Massnahmen des Bau- und Justizdepartement teilen sich in Aufwandreduktion und Ertragsverbesserungen folgendermassen auf:

Massnahmenplan 2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahr
<b>= Aufwandreduktion</b>	<b>1'811</b>	<b>3'006</b>	<b>5'020</b>	<b>6'152</b>	<b>7'882</b>
BJD_2 Keine Beiträge an Natur- und Landschaftsschutzorganisationen	37	37	37	37	37
BJD_3 Keine Beiträge an Ortsplanungsrevisionen	100	100	100	100	100
BJD_4 Verwaltungs-Raumkonzept 2025	373	618	618	1'250	2'480
BJD_6 Keine Beiträge an Verkehrsorganisationen	21	21	85	85	85
BJD_8 Realisierung der Bodenkartierung aufschieben	200	200	200	200	200
BJD_9 Gelegentliches nachführen der Gefahrenkarten	80	80	80	80	80
BJD_11 Plafonierung der Investitionsrechnung auf CHF 125 Mio. im BJD	900	1'350	1'800	2'300	2'800
BJD_12 Plafonierung ÖV-Angebot auf Stand 2013	-	500	2'000	2'000	2'000
BJD_13 Erhöhung Beiträge aus Lotteriefonds für Denkmalpflege	100	100	100	100	100
<b>= Ertragsverbesserung</b>	<b>390</b>	<b>7'490</b>	<b>490</b>	<b>7'990</b>	<b>5'990</b>
BJD_1 Gebührenanpassung der Beratungsdienste im Bau	90	90	90	90	90
BJD_5 Erhöhung interne Parkplatzgebühren	300	300	300	300	300
BJD_7 Verkauf der Autobahnraststätten	-	6'100	100	100	100
BJD_10 Verkauf Bootshafen Solothurn	-	1'000	-	-	-
BJD_14 Verkauf Borregaard-Areal	-	-	-	1'000	1'000
BJD_15 Verkauf Schöngrün-Areal	-	-	-	4'000	2'000
BJD_16 Heimfallverzicht Wasserkraftwerke	-	-	-	2'500	2'500
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>2'201</b>	<b>10'496</b>	<b>5'510</b>	<b>14'142</b>	<b>13'872</b>

Die Desinvestitionen (Verkauf Autobahnraststätten, Bootshafen Solothurn und Grundstücke) generieren einmalige Erträge.

Die Investitionen werden auf 125 Mio. CHF plafoniert. Dabei handelt es sich zum Teil um Investitionsverzichte, zum anderen aber auch um eine Verschiebung von Investitionsvorhaben mit tiefer Priorität.

### 3.3 Departement für Bildung und Kultur

Das Departement für Bildung und Kultur unterbreitet gesamthaft 24 Massnahmen zur Realisierung. Dabei handelt es sich durchwegs um Leistungsverzicht oder um Subventionskürzungen. Sämtliche Massnahmen wirken sich auf der Aufwandseite in der Erfolgsrechnung als Verbesserung aus:

	2013	2014	2015	2016	Folgejahr
<b>DBK</b>	<b>6'277</b>	<b>12'593</b>	<b>19'609</b>	<b>21'090</b>	<b>20'995</b>
DBK_1 Anpassung Verteilschlüssel Verordnung über die Berufsbildung (VBB)	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000
DBK_2 Prozessoptimierung und Aufgabenreform der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	130	200	200	200	200
DBK_3 Verzicht auf externes Lehrstellenmarketing	0	160	160	160	160
DBK_4 Prozessoptimierung und Aufgabenreform Berufsschulen	150	500	500	500	500
DBK_5 Prozessoptimierung Kantonsschulen	200	300	300	300	300
DBK_6 Zusammenlegung der Ausbildungsorte des BZ-GS	0	600	600	600	600
DBK_7 Verzicht auf Hauswirtschaftskurse der Gymnasien	155	370	370	370	370
DBK_8 Beitrittsverzicht zum Stipendienkonkordat	300	300	300	300	300
DBK_9 Angebot für besonders Begabte ausserkantonale streichen	24	47	71	71	71
DBK_10 Zugang zu ausserkantonalen Lehrwerkstätten begrenzen	58	115	173	173	173
DBK_11 Keine Beiträge an Vorbereitungskurse	0	0	561	1'123	1'085
DBK_12 Verzicht auf Frühfremdsprache Englisch	0	0	427	856	856
DBK_13 Verzicht auf Subventionierung der Teamteachinglektionen	0	328	786	786	786
DBK_14 Verzicht auf Subventionierung der Wahl- & Freifächer der Sek-I	0	594	1'425	1'425	1'425
DBK_15 Lektionskürzung Sek K	0	42	101	101	101
DBK_16 Lektionskürzung bildnerisches Gestalten	0	85	170	255	255
DBK_17 Lektionskürzung Werken in der Primarschule	0	2'152	5'164	5'164	5'164
DBK_18 Lektionskürzung Musikunterricht	0	566	1'358	1'358	1'358
DBK_19 Lektionskürzung Deutschunterricht	0	538	1'291	1'291	1'291
DBK_20 Staatsbeiträge an freiwilligen Musikunterricht	1'260	1'260	1'260	1'260	1'260
DBK_21 Weniger Internatsplätze an Sonderschulen	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000
DBK_22 Reduktion Frühfremdsprachen	0	436	352	257	200
DBK_23 Frühfremdsprachen Berufszertifizierungen für Englisch	0	0	40	40	40
DBK_24 Reformenmoratorium für Schulprojekte	0	0	0	500	500

### 3.4 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement schlägt 10 Massnahmen vor, wobei nebst der beantragten Steuererhöhung auch Verbesserungen auf der Aufgabenseite angestrebt werden.

	2013	2014	2015	2016	Folgejahr
<b>FD</b>	<b>33'375</b>	<b>41'575</b>	<b>41'575</b>	<b>44'265</b>	<b>39'840</b>
FD_1 Räumliche Konzentration Amteibehörden	50	750	750	940	940
FD_2 Verzicht auf Aussenvollzug durch die Betreibungsämter	300	300	300	300	300
FD_3 Optimierung vom Betriebungserfolg	500	500	500	500	500
FD_4 Erhöhung Abgabemahngebühr bei der Steuererklärung	100	100	100	100	100
FD_5 Steuererhöhung natürl. Personen von 104% auf 108%	28'000	30'000	29'000	30'500	29'000
FD_6 Controlling des Pensenbestandes überarbeiten	1'000	2'000	3'000	4'000	4'000
FD_7 Fonds - Verrechnungen zu Vollkosten der Verwaltung	500	500	500	500	500
FD_8 Auflösung der Globalbudgetreserven	2'925	2'925	2'925	2'925	0
FD_9 Anpassung der AHV-Ersatzrente an das neue Rücktrittsalter	0	3'900	3'900	3'900	3'900
FD_10 Kreditorenprozess kantonsweit zentralisieren	0	600	600	600	600

Unterteilt man die Massnahmen in Aufwandreduktionen und Ertragsverbesserungen, ergibt sich in den Jahren ab 2014, wenn die Massnahmen auf der Aufwandseite ihre volle Entfaltung entwickeln, ein Verhältnis von einem Drittel Einsparungen und zwei Dritteln Mehrerträgen.

Massnahmenplan 2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahr
<b>⊖ Aufwandreduktion</b>	<b>4'775</b>	<b>10'975</b>	<b>11'975</b>	<b>13'165</b>	<b>10'240</b>
FD_1 Räumliche Konzentration Amteibehörden	50	750	750	940	940
FD_2 Verzicht auf Aussenvollzug durch die Betreibungsämter	300	300	300	300	300
FD_6 Controlling des Pensenbestandes überarbeiten	1'000	2'000	3'000	4'000	4'000
FD_7 Fonds - Verrechnungen zu Vollkosten der Verwaltung	500	500	500	500	500
FD_8 Auflösung der Globalbudgetreserven	2'925	2'925	2'925	2'925	-
FD_9 Anpassung der AHV-Ersatzrente an das neue Rücktrittsalter	-	3'900	3'900	3'900	3'900
FD_10 Kreditorenprozess kantonsweit zentralisieren	-	600	600	600	600
<b>⊕ Ertragsverbesserung</b>	<b>28'600</b>	<b>30'600</b>	<b>29'600</b>	<b>31'100</b>	<b>29'600</b>
FD_3 Optimierung vom Betriebungserfolg	500	500	500	500	500
FD_4 Erhöhung Abgabemahnggebühr bei der Steuererklärung	100	100	100	100	100
FD_5 Steuererhöhung natürl. Personen von 104% auf 108%	28'000	30'000	29'000	30'500	29'000
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>33'375</b>	<b>41'575</b>	<b>41'575</b>	<b>44'265</b>	<b>39'840</b>

Erwähnenswert ist, dass die Steuererhöhung als Massnahme eine Steuersatzerhöhung von 104 auf 108 % vorsieht. Der Regierungsrat schlägt im IAFP 2013-16 für die Planjahre wie schon im IAFP 2012-15 und im regierungsrätlichen Beschlussesentwurf für den Voranschlag 2012 einen Steuerfuss von 104 % für natürliche und juristische Personen vor, unbenommen der Tatsache, dass der Kantonsrat im Dezember 2011 den Steuerfuss für 2012 auf 100 % bei den natürlichen Personen festgesetzt hat.

### 3.5 Departement des Innern

Im Departement des Innern werden 9 Massnahmen beantragt:

	2013	2014	2015	2016	Folgejahr
<b>⊖ Ddl</b>	<b>10'100</b>	<b>19'900</b>	<b>25'200</b>	<b>20'500</b>	<b>16'800</b>
Ddl_1 Senkung Prämienverbilligung	7'200	7'500	7'800	8'100	8'400
Ddl_2 Konzentration der Untersuchungsgefängnisse	0	0	0	0	1'000
Ddl_3 Steigerung der Verkehrssicherheit	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500
Ddl_4 Erhöhung Motorfahrzeugsteuer	0	4'500	4'500	4'500	4'500
Ddl_5 Ausschöpfung des Gebührenrahmens	100	100	100	100	100
Ddl_6 Verzicht auf Krebsregister	300	300	300	300	300
Ddl_7 Verzicht auf Einführung Mammografie-Screening	500	500	500	500	500
Ddl_8 Finanzierung aus dem Lotteriefonds	500	500	500	500	500
Ddl_9 Spitalfinanzierung: Verzicht auf Erhöhung des Kostenanteils 2014 und 2015	0	5'000	10'000	5'000	0

Bei den vorgeschlagenen Massnahmen handelt es sich mehrheitlich um Aufwandreduktionen, wie die folgende Übersicht dokumentiert:

Massnahmenplan 2013	2013	2014	2015	2016	Folgejahr
<b>⊖ Aufwandreduktion</b>	<b>8'500</b>	<b>13'800</b>	<b>19'100</b>	<b>14'400</b>	<b>10'700</b>
Ddl_1 Senkung Prämienverbilligung	7'200	7'500	7'800	8'100	8'400
Ddl_2 Konzentration der Untersuchungsgefängnisse	-	-	-	-	1'000
Ddl_6 Verzicht auf Krebsregister	300	300	300	300	300
Ddl_7 Verzicht auf Einführung Mammografie-Screening	500	500	500	500	500
Ddl_8 Finanzierung aus dem Lotteriefonds	500	500	500	500	500
Ddl_9 Spitalfinanzierung: Verzicht auf Erhöhung des Kostenanteils 2014 und 2015	-	5'000	10'000	5'000	-
<b>⊕ Ertragsverbesserung</b>	<b>1'600</b>	<b>6'100</b>	<b>6'100</b>	<b>6'100</b>	<b>6'100</b>
Ddl_3 Steigerung der Verkehrssicherheit	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500
Ddl_4 Erhöhung Motorfahrzeugsteuer	-	4'500	4'500	4'500	4'500
Ddl_5 Ausschöpfung des Gebührenrahmens	100	100	100	100	100
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>10'100</b>	<b>19'900</b>	<b>25'200</b>	<b>20'500</b>	<b>16'800</b>

Beim Verzicht auf die Erhöhung des Kostenanteils bei der Neuen Spitalfinanzierung im Jahr 2014 und 2015 handelt es sich um eine einmalige Massnahme.

### 3.6 Volkswirtschaftsdepartement

Im Volkswirtschaftsdepartement ist folgende Massnahme als Aufwandreduktion vorgesehen:

	2013	2014	2015	2016	Folgejahr
<b>VWD</b>	<b>200</b>	<b>200</b>	<b>200</b>	<b>200</b>	<b>200</b>
VWD_1 Organisationsüberprüfung und Konzentration des AMB auf zwei	200	200	200	200	200

## 4. Personelle und finanzielle Konsequenzen

### 4.1 Personelle Konsequenzen

Das Massnahmenpaket führt zu keinem unmittelbaren Stellenabbau. Der geschätzte zusätzliche interne Aufwand ist bei den einzelnen Massnahmen in Personentagen angegeben.

Mit der Massnahme FD\_06 wird ein kontrolliertes und gemässigttes Stellenwachstum angestrebt, welches mit dem Umfang der Aufgaben übereinstimmt. Die Anzahl Soll-Stellen werden per 1.1.2012 festgelegt und dürfen bis auf weiteres nicht überschritten werden. Bei neuen Aufgaben, welche mit dem Aufbau von Ressourcen verbunden sind, muss jedes mal ein separater Entscheid gefällt werden (Regierungsrats- oder Kantonsratsbeschluss).

### 4.2 Finanzielle Konsequenzen

Folgende Tabelle fasst die finanziellen Gesamtauswirkungen der Massnahmenplanung zusammen:

IAFP 2013-2016		Stand 8.Mai 2012			
Hochrechnung mit dem "Massnahmenplan 2013"					
Saldo nach Departementen					
in Fr. 1'000.- (+) Aufwand - , (-) Ertragsüberschuss	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	
Behörden IAFP	7'059	7'255	7'472	7'501	
Massnahmen	0	100	100	100	
<b>Behörden IAFP new abzügl. Massnahmen</b>	<b>7'059</b>	<b>7'155</b>	<b>7'372</b>	<b>7'401</b>	
Bau- und Justizdepartement IAFP	51'983	53'184	46'066	44'466	
Massnahmen	2'201	10'496	5'510	14'142	
<b>Bau- Justizdepartement IAFP new</b>	<b>49'782</b>	<b>42'688</b>	<b>40'556</b>	<b>30'324</b>	
Departement für Bildung und Kultur	451'923	464'656	474'050	476'553	
Massnahmen	6'277	12'593	19'609	21'090	
<b>D. f. Bildung und Kultur IAFP new</b>	<b>445'646</b>	<b>452'063</b>	<b>454'441</b>	<b>455'463</b>	
Finanzdepartement	-1'098'664	-1'104'304	-1'109'029	-1'120'041	
Massnahmen	33'375	41'575	41'575	44'265	
<b>Finanzdepartement IAFP new</b>	<b>-1'132'039</b>	<b>-1'145'879</b>	<b>-1'150'604</b>	<b>-1'164'306</b>	
Departement des Innern IAFP	614'100	631'102	643'858	657'528	
Massnahmen	10'100	19'900	25'200	20'500	
<b>Departement des Innern IAFP new</b>	<b>604'000</b>	<b>611'202</b>	<b>618'658</b>	<b>637'028</b>	
Volkswirtschaftsdepartement IAFP	69'916	71'767	72'614	54'523	
Massnahmen	200	200	200	200	
<b>Volkswirtschaftsdepart. IAFP new</b>	<b>69'716</b>	<b>71'567</b>	<b>72'414</b>	<b>54'323</b>	
Gerichte IAFP	22'402	22'402	22'402	22'402	
Gesamtverwaltung IAFP	118'718	146'063	157'433	142'933	
- Total Einsparungen Massnahmen	52'153	84'864	92'194	100'297	
<b>Total Aufwandüberschuss</b>	<b>66'565</b>	<b>61'199</b>	<b>65'239</b>	<b>42'636</b>	

Die Auswirkung der Massnahmen auf die Einnahmen und Ausgaben kann wie folgt zusammengefasst werden:

Massnahmenplan 2013	2013	2014	2015	2016
<b>☐ Aufwandreduktion</b>	<b>21'563</b>	<b>40'674</b>	<b>56'004</b>	<b>55'107</b>
BEH	-	100	100	100
BJD	1'811	3'006	5'020	6'152
DBK	6'277	12'593	19'609	21'090
FD	4'775	10'975	11'975	13'165
Ddl	8'500	13'800	19'100	14'400
VWD	200	200	200	200
<b>☐ Ertragsverbesserung</b>	<b>30'590</b>	<b>44'190</b>	<b>36'190</b>	<b>45'190</b>
BJD	390	7'490	490	7'990
FD	28'600	30'600	29'600	31'100
Ddl	1'600	6'100	6'100	6'100
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>52'153</b>	<b>84'864</b>	<b>92'194</b>	<b>100'297</b>

### 4.3 Vollzugsmassnahmen

Die vorliegenden Massnahmen werden dem Kantonsrat zur grundsätzlichen Genehmigung unterbreitet. Stimmt der Kantonsrat den einzelnen Massnahmen im Grundsatz zu, werden die entsprechenden Departemente mit der Ausarbeitung der konkreten Regierungsrats- oder Kantonsratsvorlagen beauftragt. Die definitive Beschlussfassung und anschliessende Umsetzung der Massnahmen erfolgt gestützt auf diese Detailvorlagen.

Über die einzelnen Massnahmen wird zentral durch das Finanzdepartement ein Controlling geführt.

### 4.4 Folgen für die Gemeinden

Folgende Massnahmen haben direkte Auswirkungen auf die Gemeinden:

<b>Massnahmenplan 2013</b>
<b>Aufwandreduktion</b>
BJD_3 Keine Beiträge an Ortsplanungsrevisionen
BJD_8 Realisierung der Bodenkartierung aufschieben
BJD_9 Gelegentliches nachführen der Gefahrenkarten
BJD_12 Plafonierung ÖV-Angebot auf Stand 2013
DBK_12 Verzicht auf Frühfremdsprache Englisch
DBK_13 Verzicht auf Subventionierung der Teamteachinglektionen
DBK_14 Verzicht auf Subventionierung der Wahl- & Freifächer der Sek-I
DBK_15 Lektionskürzung Sek K
DBK_16 Lektionskürzung bildnerisches Gestalten
DBK_17 Lektionskürzung Werken in der Primarschule
DBK_18 Lektionskürzung Musikunterricht
DBK_19 Lektionskürzung Deutschunterricht
DBK_22 Reduktion Frühfremdsprachen
<b>Gesamtergebnis</b>

Die genauen finanziellen Auswirkungen der oben erwähnten Massnahmen für die Gemeinden lassen sich nicht eindeutig beziffern. Diese sind davon abhängig, ob die entsprechenden Dienstleistungen durch die Gemeinden auch ohne Kostenbeteiligung durch den Kanton weiterhin angeboten werden oder nicht.

### 4.5 Wirtschaftlichkeit

Die Wirtschaftlichkeit muss spezifisch auf der Stufe der Einzelmassnahmen beurteilt werden. Hierfür sind die geschätzten internen Personentage der Verwaltung enthalten.

## 5. Rechtliches

### 5.1 Rechtmässigkeit

Die vorliegenden Massnahmen stellen eine Absichtserklärung dar und haben entsprechenden internen Weisungscharakter. Erst die nachfolgenden Detailvorlagen der einzelnen Massnahmen werden zu rechtlich bindenden Verpflichtungen führen.

## 5.2 Zuständigkeit

Die Zuständigkeit der Massnahmen kann wie folgt dargestellt werden:

Massnahmenplan 2013 ▾	2013	2014	2015	2016	Folgejahr
<b>☐ Kantonsrat</b>	<b>37'850</b>	<b>49'550</b>	<b>48'411</b>	<b>50'773</b>	<b>50'535</b>
BJD	90	1'090	90	90	90
DBK	1'260	1'260	1'821	2'383	2'345
FD	28'000	33'900	32'900	34'400	32'900
Ddl	8'500	13'300	13'600	13'900	15'200
<b>☐ Regierungsrat</b>	<b>11'766</b>	<b>31'886</b>	<b>40'317</b>	<b>46'153</b>	<b>37'958</b>
BEH	-	100	100	100	100
BJD	2'111	9'406	5'420	14'052	13'782
DBK	4'480	9'905	16'322	17'336	17'336
FD	4'875	7'175	8'175	9'365	6'440
Ddl	100	5'100	10'100	5'100	100
VVD	200	200	200	200	200
<b>☐ Departement</b>	<b>2'537</b>	<b>3'428</b>	<b>3'466</b>	<b>3'371</b>	<b>3'314</b>
DBK	537	1'428	1'466	1'371	1'314
FD	500	500	500	500	500
Ddl	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>52'153</b>	<b>84'864</b>	<b>92'194</b>	<b>100'297</b>	<b>91'807</b>

In Anbetracht der politischen Tragweite einzelner Vorschläge und dem Konflikt mit bereits beschlossenen Geschäften (Rückkommensanträge) unterbreiten wir Ihnen auch Massnahmen, welche eigentlich in der Kompetenz des Regierungsrates bzw. der Departemente wären.

## 6. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Peter Gomm  
Landammann

Andreas Eng  
Staatschreiber



## 7. **Beschlussesentwurf**

### **Massnahmenplan 2013 zur Erreichung eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes**

Der Kantonsrat von Solothurn, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 8. Mai 2012 (RRB Nr. 2012/933), beschliesst:

1. Das Massnahmenpaket mit total 61 Einzelmassnahmen wird im Grundsatz genehmigt.
2. Die Departemente werden beauftragt, die entsprechenden Detailvorlagen zu erarbeiten und den jeweiligen Kompetenzträgern (Regierungsrat, Kantonsrat oder Volk) zur definitiven Beschlussfassung zu unterbreiten.
3. Über die beschlossenen Massnahmen wird durch das Finanzdepartement ein Controlling geführt.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

---

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

---

#### **Verteiler KRB**

Aktuarin der Finanzkommission (16)  
Departemente (5)  
Staatskanzlei  
Amt für Finanzen (3)  
Parlamentdienste (2)  
Traktandenliste Kantonsrat

# **Massnahmenplan 2013**

zum IAFP 2013-2016



***Beilage zu  
Botschaft und Entwurf des Regierungsrates  
an den Kantonsrat von Solothurn  
vom 8. Mai 2012***

# Inhaltsverzeichnis Massnahmenplan 2013

<b>0. Gesamtsichten</b>	<b>5</b>
Hochrechnung Massnahmen mit IAFP 2013 - 2016	5
Alle Massnahmen	7
<b>1. Behörden</b>	<b>9</b>
<b>2. Bau- und Justizdepartement</b>	<b>13</b>
<b>3. Departement für Bildung und Kultur</b>	<b>31</b>
<b>4. Finanzdepartement</b>	<b>57</b>
<b>5. Departement des Innern</b>	<b>69</b>
<b>6. Volkswirtschaftsdepartement</b>	<b>81</b>

# IAFP 2013-2016

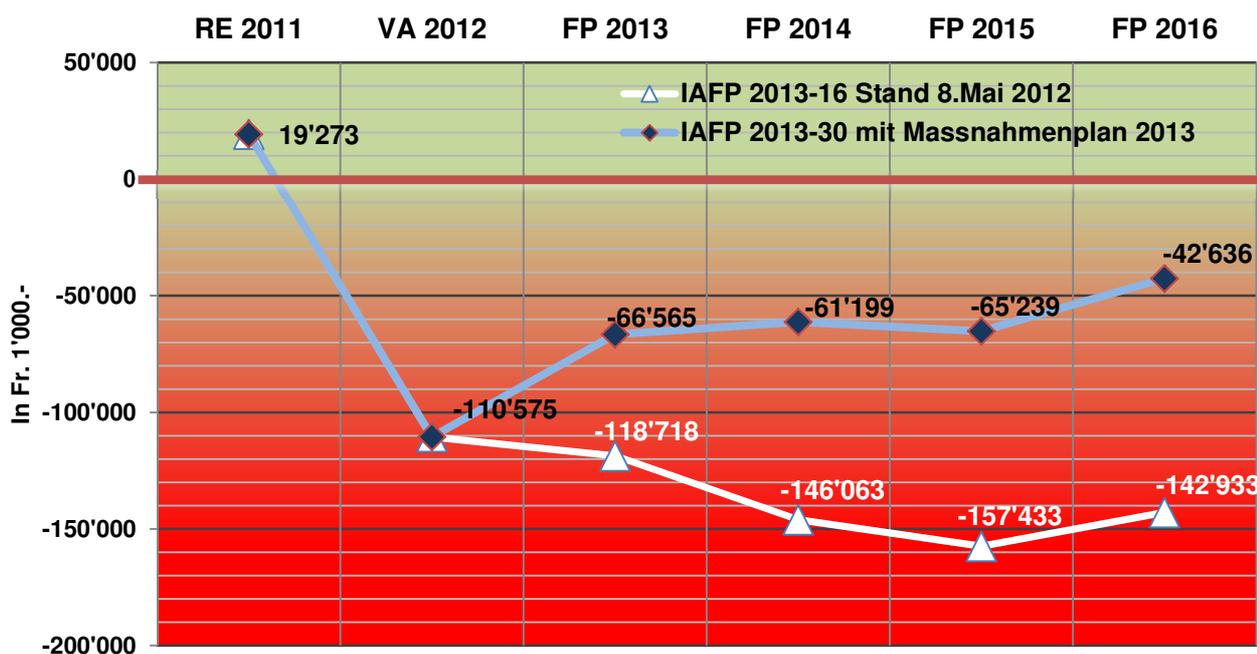
Stand 8.Mai 2012

Hochrechnung mit dem "Massnahmenplan 2013"

Saldo nach Departementen

in Fr. 1'000.- (+) Aufwand -, (-) Ertragsüberschuss	2013	2014	2015	2016
Behörden IAFP	7'059	7'255	7'472	7'501
Massnahmen	0	100	100	100
<b>Behörden IAFP new abzügl. Massnahmen</b>	<b>7'059</b>	<b>7'155</b>	<b>7'372</b>	<b>7'401</b>
Bau- und Justizdepartement IAFP	51'983	53'184	46'066	44'466
Massnahmen	2'201	10'496	5'510	14'142
<b>Bau- Justizdepartement IAFP new</b>	<b>49'782</b>	<b>42'688</b>	<b>40'556</b>	<b>30'324</b>
Departement für Bildung und Kultur	451'923	464'656	474'050	476'553
Massnahmen	6'277	12'593	19'609	21'090
<b>D. f. Bildung und Kultur IAFP new</b>	<b>445'646</b>	<b>452'063</b>	<b>454'441</b>	<b>455'463</b>
Finanzdepartement	-1'098'664	-1'104'304	-1'109'029	-1'120'041
Massnahmen	33'375	41'575	41'575	44'265
<b>Finanzdepartement IAFP new</b>	<b>-1'132'039</b>	<b>-1'145'879</b>	<b>-1'150'604</b>	<b>-1'164'306</b>
Departement des Innern IAFP	614'100	631'102	643'858	657'528
Massnahmen	10'100	19'900	25'200	20'500
<b>Departement des Innern IAFP new</b>	<b>604'000</b>	<b>611'202</b>	<b>618'658</b>	<b>637'028</b>
Volkswirtschaftsdepartement IAFP	69'916	71'767	72'614	54'523
Massnahmen	200	200	200	200
<b>Volkswirtschaftsdepart. IAFP new</b>	<b>69'716</b>	<b>71'567</b>	<b>72'414</b>	<b>54'323</b>
Gerichte IAFP	22'402	22'402	22'402	22'402
<b>Gesamtverwaltung IAFP</b>	<b>118'718</b>	<b>146'063</b>	<b>157'433</b>	<b>142'933</b>
- Total Einsparungen Massnahmen	52'153	84'864	92'194	100'297
<b>Total Aufwandüberschuss</b>	<b>66'565</b>	<b>61'199</b>	<b>65'239</b>	<b>42'636</b>

## Saldo



**Massnahmenplan 2013**

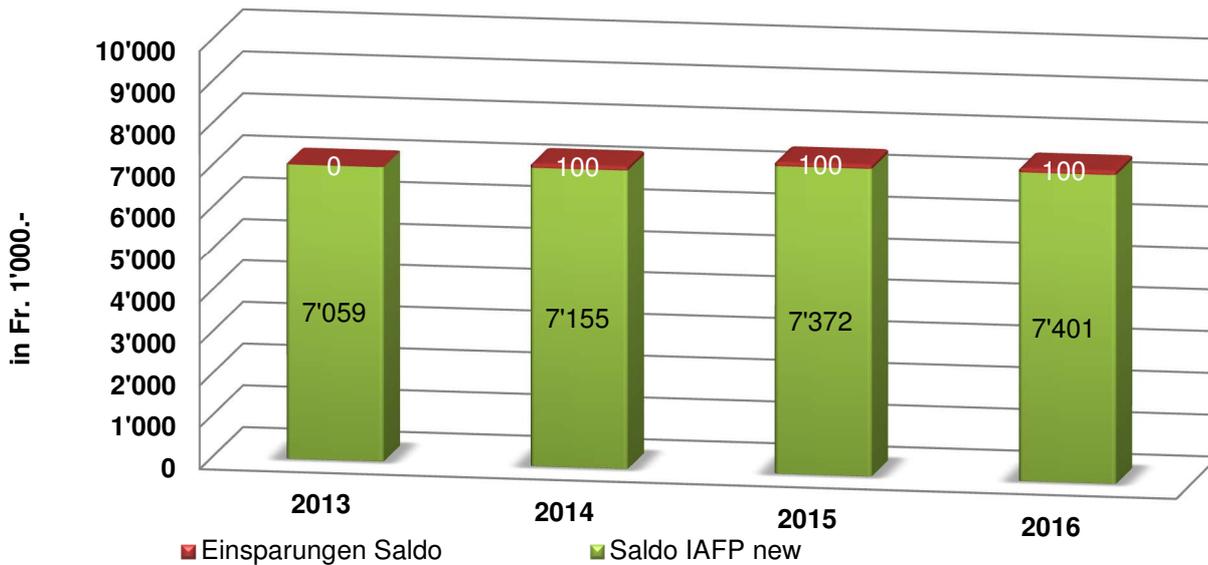
Stand: 8. Mai 2012

	2013	2014	2015	2016	Folgejahr
<b>BEH</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
BEH_1 Tarifverhandlungen Post	0	100	100	100	100
<b>BJD</b>	<b>2'201</b>	<b>10'496</b>	<b>5'510</b>	<b>14'142</b>	<b>13'872</b>
BJD_1 Gebührenanpassung der Beratungsdienste im Bau	90	90	90	90	90
BJD_2 Keine Beiträge an Natur- und Landschaftsschutzorganisationen	37	37	37	37	37
BJD_3 Keine Beiträge an Ortsplanungsrevisionen	100	100	100	100	100
BJD_4 Verwaltungs-Raumkonzept 2025	373	618	618	1'250	2'480
BJD_5 Erhöhung interne Parkplatzgebühren	300	300	300	300	300
BJD_6 Keine Beiträge an Verkehrsorganisationen	21	21	85	85	85
BJD_7 Verkauf der Autobahnraststätten	0	6'100	100	100	100
BJD_8 Realisierung der Bodenkartierung aufschieben	200	200	200	200	200
BJD_9 Gelegentliches nachführen der Gefahrenkarten	80	80	80	80	80
BJD_10 Verkauf Bootshafen Solothurn	0	1'000	0	0	0
BJD_11 Plafonierung der Investitionsrechnung auf CHF 125 Mio. im BJD	900	1'350	1'800	2'300	2'800
BJD_12 Plafonierung ÖV-Angebot auf Stand 2013	0	500	2'000	2'000	2'000
BJD_13 Erhöhung Beiträge aus Lotteriefonds für Denkmalpflege	100	100	100	100	100
BJD_14 Verkauf Borregaard-Areal	0	0	0	1'000	1'000
BJD_15 Verkauf Schöngrün-Areal	0	0	0	4'000	2'000
BJD_16 Heimfallverzicht Wasserkraftwerke	0	0	0	2'500	2'500
<b>DBK</b>	<b>6'277</b>	<b>12'593</b>	<b>19'609</b>	<b>21'090</b>	<b>20'995</b>
DBK_1 Anpassung Verteilschlüssel Verordnung über die Berufsbildung (VBB)	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000
DBK_2 Prozessoptimierung und Aufgabenreform der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	130	200	200	200	200
DBK_3 Verzicht auf externes Lehrstellenmarketing	0	160	160	160	160
DBK_4 Prozessoptimierung und Aufgabenreform Berufsschulen	150	500	500	500	500
DBK_5 Prozessoptimierung Kantonsschulen	200	300	300	300	300
DBK_6 Zusammenlegung der Ausbildungsorte des BZ-GS	0	600	600	600	600
DBK_7 Verzicht auf Hauswirtschaftskurse der Gymnasien	155	370	370	370	370
DBK_8 Beitrittsverzicht zum Stipendienkonkordat	300	300	300	300	300
DBK_9 Angebot für besonders Begabte ausserkantonale streichen	24	47	71	71	71
DBK_10 Zugang zu ausserkantonalen Lehrwerkstätten begrenzen	58	115	173	173	173
DBK_11 Keine Beiträge an Vorbereitungskurse	0	0	561	1'123	1'085
DBK_12 Verzicht auf Frühfremdsprache Englisch	0	0	427	856	856
DBK_13 Verzicht auf Subventionierung der Teamteachinglektionen	0	328	786	786	786
DBK_14 Verzicht auf Subventionierung der Wahl- & Freifächer der Sek-I	0	594	1'425	1'425	1'425
DBK_15 Lektionskürzung Sek K	0	42	101	101	101
DBK_16 Lektionskürzung bildnerisches Gestalten	0	85	170	255	255
DBK_17 Lektionskürzung Werken in der Primarschule	0	2'152	5'164	5'164	5'164
DBK_18 Lektionskürzung Musikunterricht	0	566	1'358	1'358	1'358
DBK_19 Lektionskürzung Deutschunterricht	0	538	1'291	1'291	1'291
DBK_20 Staatsbeiträge an freiwilligen Musikunterricht	1'260	1'260	1'260	1'260	1'260
DBK_21 Weniger Internatsplätze an Sonderschulen	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000
DBK_22 Reduktion Frühfremdsprachen	0	436	352	257	200
DBK_23 Frühfremdsprachen Berufszertifizierungen für Englisch	0	0	40	40	40
DBK_24 Reformenmoratorium für Schulprojekte	0	0	0	500	500
<b>FD</b>	<b>33'375</b>	<b>41'575</b>	<b>41'575</b>	<b>44'265</b>	<b>39'840</b>
FD_1 Räumliche Konzentration Amteibehörden	50	750	750	940	940
FD_2 Verzicht auf Aussenvollzug durch die Betreibungsämter	300	300	300	300	300
FD_3 Optimierung vom Betreuungserfolg	500	500	500	500	500
FD_4 Erhöhung Abgabemahnggebühr bei der Steuererklärung	100	100	100	100	100
FD_5 Steuererhöhung natürl. Personen von 104% auf 108%	28'000	30'000	29'000	30'500	29'000
FD_6 Controlling des Pensenbestandes überarbeiten	1'000	2'000	3'000	4'000	4'000
FD_7 Fonds - Verrechnungen zu Vollkosten der Verwaltung	500	500	500	500	500
FD_8 Auflösung der Globalbudgetreserven	2'925	2'925	2'925	2'925	0
FD_9 Anpassung der AHV-Ersatzrente an das neue Rücktrittsalter	0	3'900	3'900	3'900	3'900
FD_10 Kreditorenprozess kantonsweit zentralisieren	0	600	600	600	600
<b>Ddl</b>	<b>10'100</b>	<b>19'900</b>	<b>25'200</b>	<b>20'500</b>	<b>16'800</b>
Ddl_1 Senkung Prämienverbilligung	7'200	7'500	7'800	8'100	8'400
Ddl_2 Konzentration der Untersuchungsgefängnisse	0	0	0	0	1'000
Ddl_3 Steigerung der Verkehrssicherheit	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500
Ddl_4 Erhöhung Motorfahrzeugsteuer	0	4'500	4'500	4'500	4'500
Ddl_5 Ausschöpfung des Gebührenrahmens	100	100	100	100	100
Ddl_6 Verzicht auf Krebsregister	300	300	300	300	300
Ddl_7 Verzicht auf Einführung Mammografie-Screening	500	500	500	500	500
Ddl_8 Finanzierung aus dem Lotteriefonds	500	500	500	500	500
Ddl_9 Spitalfinanzierung: Verzicht auf Erhöhung des Kostenanteils 2014 und 2015	0	5'000	10'000	5'000	0
<b>VWD</b>	<b>200</b>	<b>200</b>	<b>200</b>	<b>200</b>	<b>200</b>
VWD_1 Organisationsüberprüfung und Konzentration des AMB auf zwei Standorte	200	200	200	200	200
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>52'153</b>	<b>84'864</b>	<b>92'194</b>	<b>100'297</b>	<b>91'807</b>

## Controllerdienste

**Behörden und Staatskanzlei**

in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016
<b>IAFP 2013-16</b>	Aufwand	18'672	18'839	19'055	19'085
Stand Eingaben	Ertrag	-3'199	-3'169	-3'169	-3'169
	Verrechnungen	-8'414	-8'414	-8'414	-8'414
	<b>Saldo IAFP</b>	<b>7'059</b>	<b>7'255</b>	<b>7'472</b>	<b>7'501</b>
Vorgabe VA 12	Saldo	7'233	7'233	7'233	7'233
Diff.VA12-IAFP	Saldo	-174	23	240	269
<b>Massnahmen</b>	<b>Einsparungen</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Diff. V-M	Saldo	174	77	-140	-169
<b>IAFP inkl. Massnahmen</b>	<b>Saldo IAFP n</b>	<b>7'059</b>	<b>7'155</b>	<b>7'372</b>	<b>7'401</b>

**Massnahmen**

BEH\_1

Tarifverhandlungen Post

genehmigt

## Staatskanzlei

BEH

**BEH\_1 Tarifverhandlungen Post**

Ziel Günstigere Portotarife für den Kanton

Beschreibung Zentralisierte Verwaltung der Portokosten fördern.

Abhängigkeiten Eventuell organisatorische Anpassungen notwendig. Aufgabenteilung zwischen den Post- und  
 Konflikte, Verwaltungsstellen sind zu prüfen.  
 Änderungs-  
 bedarf

Antrag Die Staatskanzlei wird beauftragt Tarifverhandlungen mit der Post zu führen, welche  
 Einsparungen von CHF 100'000.- ab dem 1. Jan. 2014 ermöglichen, im Vergleich zum  
 Voranschlag 2012.

Veränderungskompetenz Regierungsrat Erfasst Departement Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahr</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	0
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	0	100	100	100	100	300
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	-100	-100	-100	-100	-300
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>0</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>300</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	0	-100	-100	-100	-100	-300

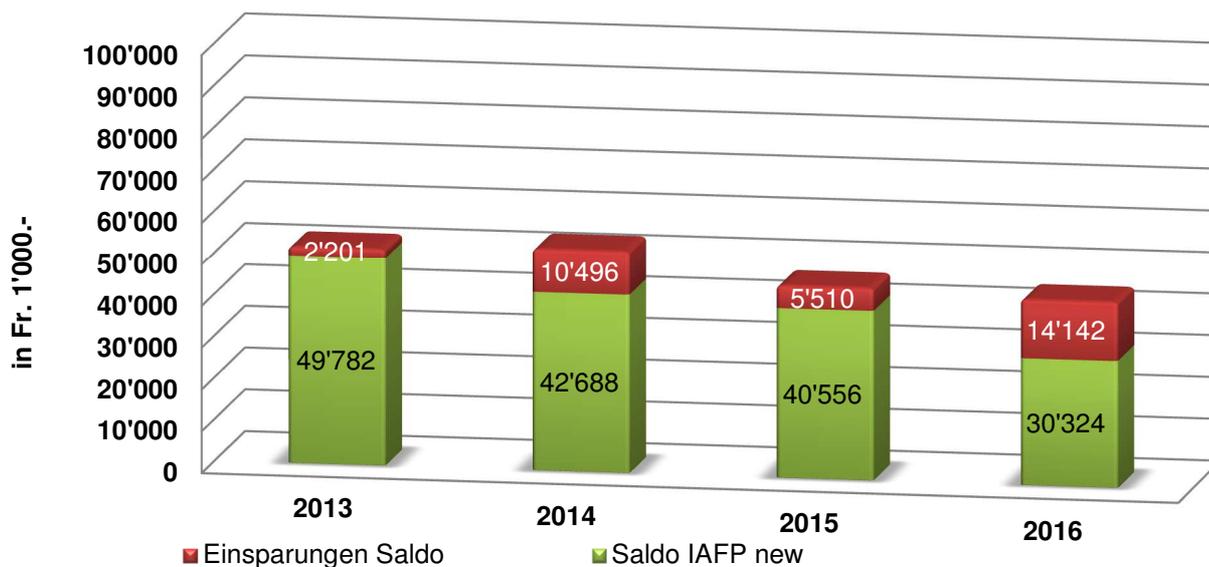
<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	20	5	5	0	0	30
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-20	-5	-5	0	0	-30

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> <b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012 Regierungsratsitzung		<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

**Bau- und Justizdepartement**

in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016
<b>IAFP 2013-16</b>	Aufwand	246'727	249'906	246'362	245'661
Stand Eingaben	Ertrag	-90'715	-92'693	-96'267	-97'166
	Verrechnungen	-104'029	-104'029	-104'029	-104'029
	<b>Saldo IAFP</b>	<b>51'983</b>	<b>53'184</b>	<b>46'066</b>	<b>44'466</b>
Vorgabe VA 12	Saldo	55'741	55'741	55'741	55'741
Diff.VA12-IAFP	Saldo	3'758	2'557	9'675	11'275
<b>Massnahmen</b>	<b>Einsparungen</b>	<b>2'201</b>	<b>10'496</b>	<b>5'510</b>	<b>14'142</b>
Diff. V-M	Saldo	5'959	13'053	15'185	25'417
<b>IAFP inkl. Massnahmen</b>	<b>Saldo IAFP inkl.</b>	<b>49'782</b>	<b>42'688</b>	<b>40'556</b>	<b>30'324</b>

**Massnahmen**

BJD_1	Gebührenanpassung der Beratungsdienste im Bau	genehmigt
BJD_2	Keine Beiträge an Natur- und Landschaftsschutzorganisationen	genehmigt
BJD_3	Keine Beiträge an Ortsplanungsrevisionen	genehmigt
BJD_4	Verwaltungs-Raumkonzept 2025	genehmigt
BJD_5	Erhöhung interne Parkplatzgebühren	genehmigt
BJD_6	Keine Beiträge an Verkehrsorganisationen	genehmigt
BJD_7	Verkauf der Autobahnraststätten	genehmigt
BJD_8	Realisierung der Bodenkartierung aufschieben	genehmigt
BJD_9	Gelegentliches nachführen der Gefahrenkarten	genehmigt
BJD_10	Verkauf Bootshafen Solothurn	genehmigt
BJD_11	Plafonierung der Investitionsrechnung auf CHF 125 Mio. im BJD	genehmigt
BJD_12	Plafonierung ÖV-Angebot auf Stand 2013	genehmigt
BJD_13	Erhöhung Beiträge aus Lotteriefonds für Denkmalpflege	genehmigt
BJD_14	Verkauf Borregaard-Areal	genehmigt
BJD_15	Verkauf Schöngrün-Areal	genehmigt
BJD_16	Heimfallverzicht Wasserkraftwerke	genehmigt



## Controllerdienste

## Amt für Raumplanung

BJD

**BJD\_2 Keine Beiträge an Natur- und Landschaftsschutzorganisationen**

Ziel Keine Staatsbeiträge mehr an Natur- und Landschaftsschutzorganisationen.

Beschreibung Die Staatsbeiträge und Unterstützungsgelder an nationale, kantonale und regionale Natur- und Landschaftsschutzorganisationen, welche der Kanton freiwillig bezahlt, werden nicht mehr ausgeschüttet.

Abhängigkeiten Konflikte, Änderungsbedarf  
 Wiederstand durch nationale, kantonale und regionale Natur- und Landschaftsschutzorganisationen. Folgende Beiträge werden aufgehoben:  
 1. Regionale Organisationen  
 - Verein für üsi Witi 20'000 Fr. (004/30033)  
 2. Kantonale Organisationen  
 - Pro Natura Solothurn 5'000 Fr. (004/30033)  
 - Solothurner Heimatschutz 4'000 Fr. (004/30032)  
 3. Nationale Organisationen  
 - Stiftung für Landschaftsschutz 2'400 Fr. (004/30033)  
 - Netzwerk Schweizer Pärke 2'000 Fr. (004/30033)  
 - KBNL, Konferenz der Beauftragten Natur- und Landschaftsschutz 3'600 Fr. (004/30033)

Antrag Das Amt für Raumplanung wird beauftragt keine Staatsbeiträge mehr an Natur- und Landschaftsschutzorganisationen ab dem 1.1.2013 auszubezahlen.

Veränderungskompetenz Regierungsrat Erfasst Departement Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016	Folgejahr	Total 13-16
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	0
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	37	37	37	37	37	148
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-37	-37	-37	-37	-37	-148
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>37</b>	<b>37</b>	<b>37</b>	<b>37</b>	<b>37</b>	<b>148</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-37	-37	-37	-37	-37	-148

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	5	0	0	0	0	5
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-5	0	0	0	0	-5

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> 8. Mai 2012	<b>Wichtigste Ereignisse</b> Regierungsratssitzung	<b>genehmigt</b>













## Controllerdienste

Amt für Umwelt

Abteilung Boden

BJD

**BJD\_9** Gelegentliches nachführen der Gefahrenkarten

Ziel Das Engagement für die Nachführung der Gefahrenkarten wird auf ein Minimum reduziert.

Beschreibung Die Gefahrenkarte zeigt in welchen Gebieten eine Gefährdungen (Hochwasser, Erdbeben, usw.) besteht.

Abhängigkeiten Konflikte, Änderungsbedarf Der Verzicht auf ein reduziertes Engagement des AfU bei der Nachführung der Gefahrenkarten hat zur Folge, dass die Gemeinden auf sich alleine angewiesen sind, auch wenn mehrheitlich die Fachkompetenz und/oder Ressourcen fehlen.

Antrag Das Amt für Umwelt wird beauftragt die Nachführung der Gefahrenkarte ab 1. 1. 2013 mit geringster Priorität zu verfolgen.

Veränderungskompetenz Regierungsrat Erfasst Departement Priorität **2**

Finanzen		jährlich Wiederkehrend		Aufwandreduktion				Gemeinden
in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016	Folgejahr	Total 13-16	
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>	
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>	
	Diff.	0	0	0	0	0	0	
<b>Einsparung</b>	Plan	80	80	80	80	80	<b>320</b>	
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>	
	Diff.	-80	-80	-80	-80	-80	-320	
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>80</b>	<b>80</b>	<b>80</b>	<b>80</b>	<b>80</b>	<b>320</b>	
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
	Diff.	-80	-80	-80	-80	-80	-320	

Geschätzter interner Aufwand		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	10	10	0	0	0	<b>20</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-10	-10	0	0	0	-20

Bericht		Status	Unerledigt
<b>Datum</b>	<b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>





## Controllerdienste

## AVT Öffentlicher Verkehr

BJD

## BJD\_12 Plafonierung ÖV-Angebot auf Stand 2013

Ziel	Der GB-Saldo vom Amt Öffentlicher Verkehr wird auf jährlich CHF 38.6 Mio. plafoniert.
Beschreibung	Die genehmigten Angebote sind in den 38.6 Mio. enthalten. Rechnung 2011 schliesst bei 32.4 Mio. ab. Es erfolgt kein weiterer Ausbau.
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	Vereinbarungen mit konzessionierten Transportunternehmen und Bund.
Antrag	Das Amt für Öffentlicher Verkehr wird beauftragt den GB-Saldo auf CHF 38.6 Mio. ab dem 1. 1. 2013 zu plafonieren.

Veränderungskompetenz      Regierungsrat      Erfasst AFIN      Priorität **2**

Finanzen		jährlich Wiederkehrend		Aufwandreduktion			Gemeinden
in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016	Folgejahr	Total 13-16
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	0
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	0	500	2'000	2'000	2'000	4'500
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	-500	-2'000	-2'000	-2'000	-4'500
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>0</b>	<b>500</b>	<b>2'000</b>	<b>2'000</b>	<b>2'000</b>	<b>4'500</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	0	-500	-2'000	-2'000	-2'000	-4'500

Geschätzter interner Aufwand		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	0	0	0	0	0	0
	Ist						0
	Diff.	0	0	0	0	0	0

Bericht		Status	Unerledigt
<b>Datum</b>	<b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Amt für Denkmalpflege und Archäologie

BJD

## BJD\_13 Erhöhung Beiträge aus Lotteriefonds für Denkmalpflege

Ziel	Reduktion ordentliche Mittel vom Amt für Denkmalpflege		
Beschreibung	Reduktion der Beiträge aus den ordentlichen Mitteln des Kantons und Erhöhung des Beitrages Lotteriefonds.		
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	Mehrbelastung des Lotteriefonds. Koordination mit dem Ddl.		
Antrag	Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie wird beauftragt die Beiträge aus den ordentlichen Mittel um CHF 100'000.- auf den 1.1.2013 zu reduzieren und mit Absprache vom Ddl dem Lotteriefonds zu belasten.		
Veränderungskompetenz	Regierungsrat	Erfasst	Departement
			Priorität <b>2</b>

Finanzen		jährlich Wiederkehrend		Aufwandreduktion			
in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016	Folgejahr	Total 13-16
<b>Aufwand</b>	Ext. Plan	0	0	0	0	0	0
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	100	100	100	100	100	400
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-100	-100	-100	-100	-100	-400
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>400</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-100	-100	-100	-100	-100	-400

Geschätzter interner Aufwand		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	1	0	0	0	0	1
	Ist						0
	Diff.	-1	0	0	0	0	-1

Bericht		Status	Unerledigt
<b>Datum</b>	<b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Hochbauamt

BJD

**BJD\_14 Verkauf Borregaard-Areal**

Ziel	Verkauf von Parzellen an Firmen im Clean-Tec Bereich und Ansiedlung von neuen Arbeitsplätzen.
Beschreibung	Die vom Kanton erworbenen Grundstücke (Industriezone) sollen zusammen mit den anderen Grundstücksbesitzern auf dem südlichen Booregard-Areal baureif entwickelt werden.
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	Genehmigung des Gestaltungsplanes. Investorensuche bzw. Firmensuche. Entwicklung im Industrie- und Arbeitsmarkt. Mitwirkung Wirtschaftsförderung (ev. auch auf Bundesebene)
Antrag	Das Hochbauamt wird beauftragt das Booregard-Areal bis zur Baureife mit den anderen Grundstückbesitzern zu entwickeln, so dass ab 2016 Verkaufserträge realisiert werden können.

Veränderungskompetenz      Regierungsrat      Erfasst    Departement      Priorität    **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Ertragsverbesserung</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahr</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b>	Ext. Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	0	0	0	1'000	1'000	<b>1'000</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	-1'000	-1'000	-1'000
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1'000</b>	<b>1'000</b>	<b>1'000</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	-1'000	-1'000	-1'000

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	1	1	1	1	1	<b>5</b>
	Ist						<b>0</b>
	Diff.	-1	-1	-1	-1	-1	-5

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> <b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012      Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>



## Controllerdienste

## Amt für Umwelt

BJD

**BJD\_16 Heimfallverzicht Wasserkraftwerke**

Ziel Mehreinnahmen aus Heimfallverzicht von Wasserkraftwerken.

Beschreibung Der Kanton will auf den Heimfall der Wasserkraftwerke Gösgen und Aarau verzichten. Dieser Verzicht führt zu einer einmaligen oder jährlichen Entschädigung. Die aktuellen Verhandlungen zeigen, dass die oben erwähnte Zielgrösse wahrscheinlich ist.

Abhängigkeiten Konflikte, Änderungsbedarf Beim Wasserkraftwerk Gösgen wird derzeit von einer vorgezogenen Konzessions-erneuerung ausgegangen. Es steht noch nicht definitiv fest, ob diese zustande kommen wird. Zudem wird die jährliche Entschädigung in Abhängigkeit stehen zum Strompreis, der auch nicht genau prognostiziert werden kann.

Antrag Das Bau- und Justizdepartement wird beauftragt, Verhandlungen über den Heimfallverzicht der beiden Wasserkraftwerke zu führen, so dass ab 2016 ein Mehrertrag von CHF 2.5 Mio. erreicht wird.

Veränderungskompetenz Regierungsrat Erfasst Departement Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Ertragsverbesserung</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahr</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	0	0	0	2'500	2'500	<b>2'500</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	-2'500	-2'500	-2'500
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2'500</b>	<b>2'500</b>	<b>2'500</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	-2'500	-2'500	-2'500

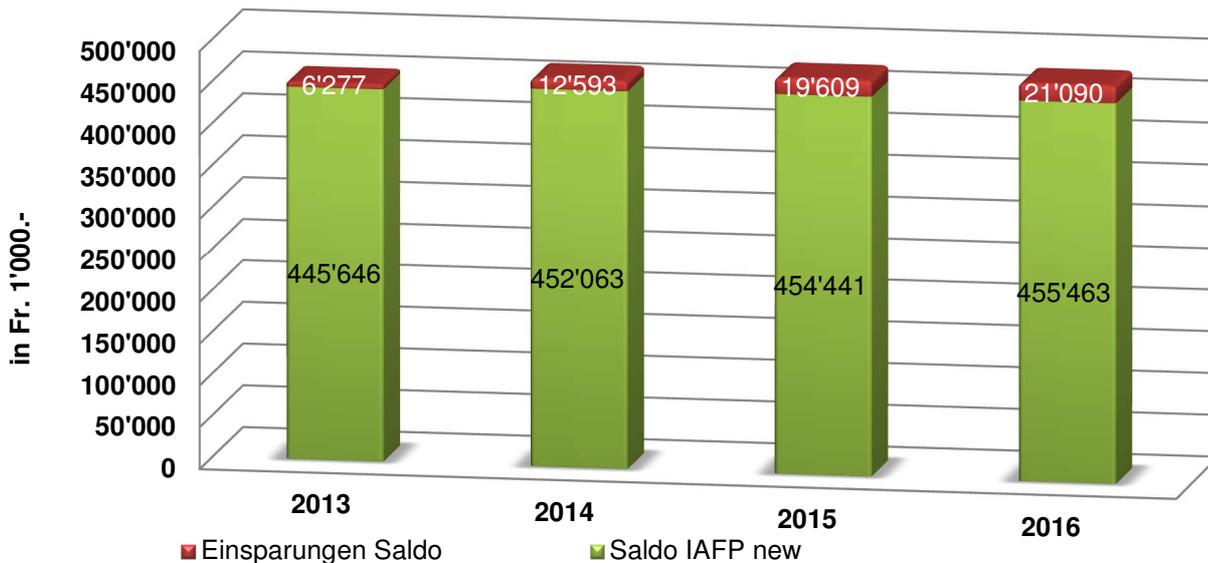
<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	30	30	15	0	0	<b>75</b>
	Ist						<b>0</b>
	Diff.	-30	-30	-15	0	0	-75

<b>Bericht</b>		Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b>	<b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Departement für Bildung und Kultur

in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016
<b>IAFP 2013-16</b>	Aufwand	470'171	482'444	490'603	492'536
Stand Eingaben	Ertrag	-46'010	-45'550	-44'316	-43'745
	Verrechnungen	27'762	27'762	27'762	27'762
	<b>Saldo IAFP</b>	<b>451'923</b>	<b>464'656</b>	<b>474'050</b>	<b>476'553</b>
Vorgabe VA 12	Saldo	435'823	435'823	435'823	435'823
Diff. VA12-IAFP	Saldo	-16'099	-28'832	-38'226	-40'730
<b>Massnahmen</b>	<b>Einsparungen</b>	<b>6'277</b>	<b>12'593</b>	<b>19'609</b>	<b>21'090</b>
Diff. V-M	Saldo	-9'822	-16'239	-18'617	-19'640
<b>IAFP inkl. Massnahmen</b>	<b>Saldo IAFP neu</b>	<b>445'646</b>	<b>452'063</b>	<b>454'441</b>	<b>455'463</b>



## Massnahmen

DBK_1	Anpassung Verteilschlüssel Verordnung über die Berufsbildung (VBB)	genehmigt
DBK_2	Prozessoptimierung und Aufgabenreform der Berufs-, Studien- und Laufbah	genehmigt
DBK_3	Verzicht auf externes Lehrstellenmarketing	genehmigt
DBK_4	Prozessoptimierung und Aufgabenreform Berufsschulen	genehmigt
DBK_5	Prozessoptimierung Kantonsschulen	genehmigt
DBK_6	Zusammenlegung der Ausbildungsorte des BZ-GS	genehmigt
DBK_7	Verzicht auf Hauswirtschaftskurse der Gymnasien	genehmigt
DBK_8	Beitrittsverzicht zum Stipendienkonkordat	genehmigt
DBK_9	Angebot für besonders Begabte ausserkantonale streichen	genehmigt
DBK_10	Zugang zu ausserkantonalen Lehrwerkstätten begrenzen	genehmigt
DBK_11	Keine Beiträge an Vorbereitungskurse	genehmigt
DBK_12	Verzicht auf Frühfremdsprache Englisch	genehmigt
DBK_13	Verzicht auf Subventionierung der Teamteachinglektionen	genehmigt
DBK_14	Verzicht auf Subventionierung der Wahl- & Freifächer der Sek-I	genehmigt
DBK_15	Lektionskürzung Sek K	genehmigt
DBK_16	Lektionskürzung bildnerisches Gestalten	genehmigt
DBK_17	Lektionskürzung Werken in der Primarschule	genehmigt
DBK_18	Lektionskürzung Musikunterricht	genehmigt
DBK_19	Lektionskürzung Deutschunterricht	genehmigt
DBK_20	Staatsbeiträge an freiwilligen Musikunterricht	genehmigt
DBK_21	Weniger Internatsplätze an Sonderschulen	genehmigt
DBK_22	Reduktion Frühfremdsprachen	genehmigt
DBK_23	Frühfremdsprachen Berufszertifizierungen für Englisch	genehmigt
DBK_24	Reformenmoratorium für Schulprojekte	genehmigt

## Controllerdienste

## Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen

DBK

**DBK\_1 Anpassung Verteilschlüssel Verordnung über die Berufsbildung (VBB)**

Ziel	Anpassung der Beitragssätze aus den Pauschalbeiträgen des Bundes
Beschreibung	Anpassung Verteilschlüssel in der Verordnung über die Berufsbildung an die erhöhten Beiträge des Bundes mit entsprechender Entlastung der Rechnungen des ABMH, der Berufsfachschulen und des Schulgeldkredites DBK
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	Der Auftrag Konrad Imbach A140/2011 wird in der März Session 2012 behandelt und verlangt zusätzliche Kantonsbeiträge an die Überbetrieblichen Kurse. Bei Annahme müssten die erhöhten Bundesbeiträge etwa dafür eingesetzt werden.
Antrag	Das Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen wird beauftragt, den Verteilschlüssel VBB anzupassen.

Veränderungskompetenz      Regierungsrat      Erfasst    Departement      Priorität    **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext.	Plan	0	0	0	0	0	0
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000	8'000
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-2'000	-2'000	-2'000	-2'000	-2'000	-8'000
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>2'000</b>	<b>2'000</b>	<b>2'000</b>	<b>2'000</b>	<b>2'000</b>	<b>8'000</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-2'000	-2'000	-2'000	-2'000	-2'000	-8'000

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	5	0	0	0	0	<b>5</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-5	0	0	0	0	-5

<b>Bericht</b>		Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b>	<b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>





## Controllerdienste

## Departementssekretariat DBK

DBK

**DBK\_4 Prozessoptimierung und Aufgabenreform Berufsschulen**

Ziel	Zwei statt drei Berufsbildungszentren.
Beschreibung	Das Berufsbildungszentrum Olten und das Berufsbildungszentrum Gesundheit und Soziales werden zusammengelegt und die Organisations- und Führungsstruktur werden optimiert.
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	Möglicher Widerstand aus Schulleitungen, der Lehrerschaft und der Politik.
Antrag	Das Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen wird beauftragt die beiden Zentren zu einem Berufsbildungszentrum zusammenzufassen, so dass ab 1.1.2014 eine jährliche Einsparung von mindestens CHF 500'000.- realisiert werden kann.
Veränderungskompetenz	Regierungsrat
Erfasst	Departement
Priorität	<b>2</b>

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b>	Ext. Plan	100	0	0	0	0	100
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-100	0	0	0	0	-100
<b>Einsparung</b>	Plan	250	500	500	500	500	1'750
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-250	-500	-500	-500	-500	-1'750
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>150</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>1'650</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-150	-500	-500	-500	-500	-1'650

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	100			0	0	<b>100</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-100	0	0	0	0	-100

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b>	<b>Wichtigste Ereignisse</b>	
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung	<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Departementssekretariat DBK

DBK

**DBK\_5 Prozessoptimierung Kantonsschulen**

Ziel Anpassung der Organisations- und Führungsstruktur der beiden Kantonsschulen aufgrund der geänderten Mitteschulverordnung.

Beschreibung Prozessoptimierung der Kantonsschulen in Solothurn und in Olten.

Abhängigkeiten Möglicher Widerstand aus Schulleitungen, Lehrerschaft, Lehrerverbänden und Politik.  
Konflikte,  
Änderungsbedarf

Antrag Das Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen wird beauftragt, die Organisations- und Führungsstruktur der Kantonsschulen zu optimieren, so dass ab 1.1.2014 eine jährliche Einsparung von mindestens CHF 300'000.- realisiert werden kann.

Veränderungskompetenz Regierungsrat Erfasst Departement Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	0
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	200	300	300	300	300	1'100
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-200	-300	-300	-300	-300	-1'100
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>200</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>1'100</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-200	-300	-300	-300	-300	-1'100

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	50			0	0	50
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-50	0	0	0	0	-50

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> <b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung	<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Berufsschulen (BZ-GS Olten)

DBK

**DBK\_6 Zusammenlegung der Ausbildungsorte des BZ-GS**

Ziel	Konzentration des Bildungszentrums Gesundheit und Soziales BZ-GS am Standort Olten.
Beschreibung	Zusammenlegung aller Ausbildungen des BZ-GS am Standort Olten, d.h. Verlegung der bisher in Räumen des Bürgerspitals in Solothurn geführten Lehrgänge HF Pflege nach Olten. Reduktion der Mietkosten. Synergiegewinn in den Bereichen Administration und Hausbewirtschaftung.
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	Bedingt die Realisierung des bereits geplanten Ausbaus (Umnutzung) im Gebäude des BZGS in Olten. Möglicher politischer Widerstand in Solothurn.
Antrag	Das Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen wird beauftragt in Absprache mit dem Hochbauamt, alle Ausbildungen am Standort Olten zu konzentrieren, so dass ab 1.1.2014 jährliche Einsparung von mindestens CHF 600'000.- realisiert werden kann.
Veränderungskompetenz	Regierungsrat
	Erfasst Departement
	Priorität <b>2</b>

Finanzen		jährlich Wiederkehrend		Aufwandreduktion			
in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total 13-16
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	0
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	0	600	600	600	600	1'800
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	-600	-600	-600	-600	-1'800
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>0</b>	<b>600</b>	<b>600</b>	<b>600</b>	<b>600</b>	<b>1'800</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	0	-600	-600	-600	-600	-1'800

Geschätzter interner Aufwand		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	50			0	0	50
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-50	0	0	0	0	-50

Bericht		Status	Unerledigt
<b>Datum</b>	<b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>



## Controllerdienste

## Departementssekretariat DBK

DBK

**DBK\_8 Beitrittsverzicht zum Stipendienkonkordat**

Ziel	Verzicht auf einen Beitritt zum Stipendienkonkordat
Beschreibung	Der Kanton Solothurn hat seine Stipendiengesetzgebung per 1.8.2008 angepasst und befindet sich mittlerweile im Mittelfeld der Kantone; vorher war er am Schluss positioniert.
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	Beitritt müsste vom Kantonsrat beschlossen werden.
Antrag	Das Departement für Bildung und Kultur wird beauftragt dem Stipendienkonkordat nicht beizutreten.

Veränderungskompetenz      Departement      Erfasst      Departement      Priorität      **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b>	Ext. Plan	0	0	0	0	0	0
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	300	300	300	300	300	1'200
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-300	-300	-300	-300	-300	-1'200
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>1'200</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-300	-300	-300	-300	-300	-1'200

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	2	0	0	0	0	<b>2</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-2	0	0	0	0	-2

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> <b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012      Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>



## Controllerdienste

## Departementssekretariat DBK

DBK

**DBK\_10 Zugang zu ausserkantonalen Lehrwerkstätten begrenzen**

Ziel	Reduktion Schulgelder
Beschreibung	Nur für Berufe, die nicht auf dem dualen Weg erlernt werden können, bezahlt der Kanton Schulgelder.
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	Total 13 Personen; davon 6.5 aus den Bezirken Dorneck/Thierstein Fr. 90'049.- Im Aufwand sind die geringeren Bundesbeiträge aufgrund der reduzierten Schulgelder aufgeführt.
Antrag	Das Departementesekretariat DBK wird beauftragt, ausschliesslich für Berufe, die nicht auf dem dualen Weg erlernt werden können, Schulgelder auszurichten.

Veränderungskompetenz      Departement      Erfasst    Departement      Priorität    **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext.	Plan	0	0	0	0	0	0
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	58	115	173	173	173	519
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-58	-115	-173	-173	-173	-519
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>58</b>	<b>115</b>	<b>173</b>	<b>173</b>	<b>173</b>	<b>519</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-58	-115	-173	-173	-173	-519

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	5	5	2	2	2	<b>16</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-5	-5	-2	-2	-2	-16

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> <b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012      Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Departementssekretariat DBK

DBK

**DBK\_11 Keine Beiträge an Vorbereitungskurse**

Ziel	Reduktion Schulgelder
Beschreibung	Vorbereitungskurse auf Berufsprüfungen und Höhere Fachprüfungen werden nicht mehr mit Beiträgen unterstützt. Aufgrund vom Bundesrecht ist der Kanton dazu nicht verpflichtet.
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	Anpassung kant. Berufsbildungsgesetz und Verordnung; Kündigung des Angebotes in der FSV per 30.9.2012; 2 Jahre Kündigungsfrist; erstmals ab Schuljahr 2015/2016 keine Beiträge mehr. Total 430 Personen; davon Anstalten im Kanton SO 180 Personen Fr. 391'972.-.
Antrag	Das Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen wird beauftragt, eine Vorlage zur Anpassung des kant. Berufsbildungsgesetzes und der Verordnung zu erarbeiten, welche die Rechtsgrundlage zur Ausrichtung von kantonalen Beiträgen an die höhere Berufsbildung und höhere Fachprüfungen ab dem Schuljahr 2015/2016 aufhebt.
Veränderungskompetenz	Kantonsrat
Erfasst	Departement
Priorität	<b>2</b>

Finanzen	jährlich Wiederkehrend	Aufwandreduktion					
		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total 13-16
in Fr. 1'000.-							
Aufwand Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	0
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
Einsparung	Plan	0	0	561	1'123	1'085	1'684
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	-561	-1'123	-1'085	-1'684
Saldo	Plan	0	0	561	1'123	1'085	1'684
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	-561	-1'123	-1'085	-1'684

Geschätzter interner Aufwand		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total
in Personentage							
Aufwand	Plan	20	20	35	15	10	100
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-20	-20	-35	-15	-10	-100

Bericht	Status	Unerledigt
Datum	Wichtigste Ereignisse	
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung	<b>genehmigt</b>





## Controllerdienste

## Amt für Volksschule und Kindergarten

DBK

**DBK\_14 Verzicht auf Subventionierung der Wahl- & Freifächer der Sek-I**

Ziel	Verzicht auf Subventionierung der Wahl- & Freifächer der Sek-I
Beschreibung	Die Wahl- & Freifächer der Sek-I werden ab 1.8.2013 (erst im 2014 rechnungswirksam) nicht mehr subventioniert Kalkulation: -2 Lektionen bei 358 Abteilungen.
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	RR § 9 VSG (Bildungsplan liegt in der Kompetenz RR) § 3 LBG Die Gemeinden könnten die Wahl- und Freifächer anbieten, müssten die Kosten aber selber tragen.
Antrag	Das Amt für Volksschule und Kindergarten wird beauftragt, auf die Subventionierung der Wahl- & Freifächer der Sek-I ab dem 1.8.2013 zu verzichten.

Veränderungskompetenz      Regierungsrat      Erfasst    Departement      Priorität    **2**

Finanzen		jährlich Wiederkehrend		Aufwandreduktion			Gemeinden
in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total 13-16
<b>Aufwand</b>	Ext. Plan	0	0	0	0	0	0
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	0	594	1'425	1'425	1'425	3'444
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	-594	-1'425	-1'425	-1'425	-3'444
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>0</b>	<b>594</b>	<b>1'425</b>	<b>1'425</b>	<b>1'425</b>	<b>3'444</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	0	-594	-1'425	-1'425	-1'425	-3'444

Geschätzter interner Aufwand		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	5	0	0	0	0	<b>5</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-5	0	0	0	0	-5

Bericht		Status	Unerledigt
<b>Datum</b>	<b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>

**Controllerdienste****Amt für Volksschule und Kindergarten**

DBK

**DBK\_15 Lektionskürzung Sek K**

Ziel	Kürzung der Lektionen Sek K um 3 Lektionen.
Beschreibung	Die Lektionen der Sek-K werden um 3 Lektionen ab 1.8.2013 reduziert. (Kalkulation: -3 Lektionen bei 17 Abteilungen).
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	RR § 9 VSG (Bildungsplan Kompetenz RR)
Antrag	Das Amt für Volksschule und Kindergarten wird beauftragt, in der Sek-K die Lektionen ab dem 1.8.2013 um 3 zu kürzen.

Veränderungskompetenz      Regierungsrat      Erfasst    Departement      Priorität    **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			<b>Gemeinden</b>
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext.	Plan	0	0	0	0	0	0
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	0	42	101	101	101	244
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	-42	-101	-101	-101	-244
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>0</b>	<b>42</b>	<b>101</b>	<b>101</b>	<b>101</b>	<b>244</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	0	-42	-101	-101	-101	-244

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	5	0	0	0	0	<b>5</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-5	0	0	0	0	-5

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> <b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012      Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>



## Controllerdienste

Amt für Volksschule und Kindergarten

DBK

**DBK\_17 Lektionskürzung Werken in der Primarschule**

Ziel	Halbierung der Lektionen im Fach Werken in der Primarschule
Beschreibung	Auf der Schulstufe Primarschule wird das Fach Werken grundsätzlich ab 1.8.2013 halbiert. (Kalkulation: -4 Lektionen Primarschule bei 716 Abteilungen)
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	RR § 9 VSG (Bildungsplan liegt in der Kompetenz RR)
Antrag	Das Amt für Volksschule und Kindergarten wird beauftragt, in der Primarschule im Fach Werken die Lektionen ab dem 1.Aug. 2013 um 4 zu kürzen.

Veränderungskompetenz      Regierungsrat      Erfasst    Departement      Priorität    **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>				<b>Gemeinden</b>
in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total 13-16	
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	0	
	Ist	0	0	0	0	0	0	
	Diff.	0	0	0	0	0	0	
<b>Einsparung</b>	Plan	0	2'152	5'164	5'164	5'164	12'480	
	Ist	0	0	0	0	0	0	
	Diff.	0	-2'152	-5'164	-5'164	-5'164	-12'480	
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>0</b>	<b>2'152</b>	<b>5'164</b>	<b>5'164</b>	<b>5'164</b>	<b>12'480</b>	
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
	Diff.	0	-2'152	-5'164	-5'164	-5'164	-12'480	

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	5	0	0	0	0	5
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-5	0	0	0	0	-5

<b>Bericht</b>		Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b>	<b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>





## Controllerdienste

## Amt für Volksschule und Kindergarten

DBK

**DBK\_20 Staatsbeiträge an freiwilligen Musikunterricht**

Ziel	Verzicht auf Anpassung und Neuausrichtung des Staatsbeitrages.
Beschreibung	Rückkommensantrag: Der Staatsbeitrag an freiwilligen Musikunterricht (20400) wird nicht gemäss Auftrag angepasst.
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	Auftrag Verena Meyer: Anpassung Kantonsbeitrag an die Besoldungskosten der Musikschulen A033/2008; RRB 2008/927 vom 27.5.2008 RR § 17 VSG + BGS 126.515.855.15/bzw 151
Antrag	Das Amt für Volksschule und Kindergarten wird beauftragt, die Regelung für den Staatsbeitrag an den freiwilligen Musikunterricht unverändert zu belassen.

Veränderungskompetenz      Kantonsrat      Erfasst    Departement      Priorität    **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b>	Ext. Plan	0	0	0	0	0	0
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	1'260	1'260	1'260	1'260	1'260	5'040
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-1'260	-1'260	-1'260	-1'260	-1'260	-5'040
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>1'260</b>	<b>1'260</b>	<b>1'260</b>	<b>1'260</b>	<b>1'260</b>	<b>5'040</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-1'260	-1'260	-1'260	-1'260	-1'260	-5'040

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	10	0	0	0	0	<b>10</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-10	0	0	0	0	-10

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b>	<b>Wichtigste Ereignisse</b>	
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung	<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Amt für Volksschule und Kindergarten

DBK

**DBK\_21 Weniger Internatsplätze an Sonderschulen**

Ziel	Es werden weniger Internatsplätze an Sonderschulen angeboten.
Beschreibung	Es werden weniger Internatsplätze ab 2013 bereitgestellt. Kalkulation: -20 Internatsplätze bzw. 20 MA weniger. SOP: Schulgelder an Sonderschulen (20402)
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	RRB unumgänglich Wahrscheinlich beträchtlicher politischer Widerstand. RR § 99 VSG (regelt den Vollzug und damit ist der RR beauftragt)
Antrag	Das Amt für Volksschule und Kindergarten wird beauftragt, die Internatsplätze an Sonderschulen auf 2013 um 20 zu reduzieren.

Veränderungskompetenz      Regierungsrat      Erfasst      Departement      Priorität      **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext.	Plan	0	0	0	0	0	0
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000	8'000
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-2'000	-2'000	-2'000	-2'000	-2'000	-8'000
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>2'000</b>	<b>2'000</b>	<b>2'000</b>	<b>2'000</b>	<b>2'000</b>	<b>8'000</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-2'000	-2'000	-2'000	-2'000	-2'000	-8'000

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	20	0	0	0	0	<b>20</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-20	0	0	0	0	-20

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> <b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012      Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>



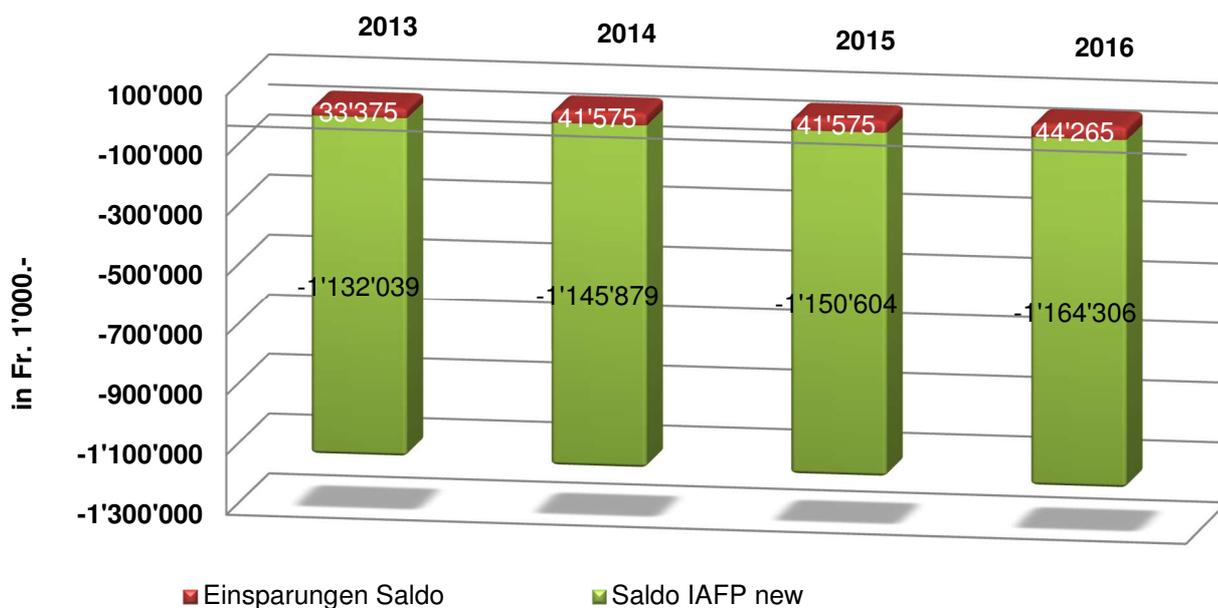




## Controllerdienste

## Finanzdepartement

in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016
<b>IAFP 2013-16</b>	Aufwand	132'558	141'379	150'666	157'036
Stand Eingaben	Ertrag	-1'245'624	-1'260'560	-1'275'049	-1'292'906
	Verrechnungen	14'401	14'877	15'353	15'829
Ertragsüberschuss	<b>Saldo IAFP</b>	<b>-1'098'664</b>	<b>-1'104'304</b>	<b>-1'109'029</b>	<b>-1'120'041</b>
Vorgabe VA 12	Saldo	-1'067'332	-1'067'332	-1'067'332	-1'067'332
Diff. VA12-IAFP	Saldo	31'332	36'971	41'697	52'709
<b>Massnahmen</b>	<b>Einsparungen</b>	<b>33'375</b>	<b>41'575</b>	<b>41'575</b>	<b>44'265</b>
Diff. V-M	Saldo	64'707	78'546	83'272	96'974
<b>IAFP inkl. Massnahmen</b>	<b>Saldo IAFP inkl.</b>	<b>-1'132'039</b>	<b>-1'145'879</b>	<b>-1'150'604</b>	<b>-1'164'306</b>



## Massnahmen

FD_1	Räumliche Konzentration Amteibehörden	genehmigt
FD_2	Verzicht auf Aussenvollzug durch die Betreibungsämter	genehmigt
FD_3	Optimierung vom Betreibungserfolg	genehmigt
FD_4	Erhöhung Abgabemahnggebühr bei der Steuererklärung	genehmigt
FD_5	Steuererhöhung natürl. Personen von 104% auf 108%	genehmigt
FD_6	Controlling des Pensenbestandes überarbeiten	genehmigt
FD_7	Fonds - Verrechnungen zu Vollkosten der Verwaltung	genehmigt
FD_8	Auflösung der Globalbudgetreserven	genehmigt
FD_9	Anpassung der AHV-Ersatzrente an das neue Rücktrittsalter	genehmigt
FD_10	Kreditorenprozess kantonsweit zentralisieren	genehmigt

## Controllerdienste

## Departementssekretariat FD+ASI

FD

**FD\_1 Räumliche Konzentration Amteibehörden**

Ziel	Mit der räumliche Konzentration der Amtschreibereien und Veranlagungsbehörden werden Synergien genutzt und Kosten eingespart.
Beschreibung	Zusammenlegung der Amtschreibereien Grenchen nach Solothurn, sowie Breitenbach nach Dornach. Umzug Konkursamt nach Olten. Zusammenlegung der Veranlagungsbehörden Grenchen nach Solothurn, sowie Balsthal nach Olten.
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	Anpassung RVOV
Antrag	Das Departementssekretariat FD wird beauftragt, die räumliche Konzentration der Amtschreibereien und Veranlagungsbehörden zu vollziehen.

Veränderungskompetenz      Regierungsrat      Erfasst    Departement      Priorität    **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahr</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b>	Ext. Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	50	750	750	940	940	<b>2'490</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-50	-750	-750	-940	-940	-2'490
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>50</b>	<b>750</b>	<b>750</b>	<b>940</b>	<b>940</b>	<b>2'490</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-50	-750	-750	-940	-940	-2'490

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	100	100	50	20	0	<b>270</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-100	-100	-50	-20	0	-270

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> <b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012      Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Departementssekretariat FD+ASI

FD

**FD\_2 Verzicht auf Aussenvollzug durch die Betreibungsämter**

Ziel	Verzicht auf jährlich wiederkehrenden Besuch bei jedem Schuldner zuhause durch die Betreibungsämter.
Beschreibung	Schuldner sollen bei Neueröffnung eines Betreibungsgeschäfts und danach im Verdachtsfall zuhause aufgesucht werden, um Sachgüter einzupfänden. Auf einen jährlich wiederkehrenden Besuch bei jedem Schuldner zuhause wird verzichtet.
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	Einsparung brutto CHF 700'000.-, davon profitieren Gläubiger mit CHF 400'000.- und die Amtschreibereien mit rund CHF 300'000.-. Auf die Einführung des jährlichen Aussenvollzugs durch die Betreibungsämter wird verzichtet. Im IAFP sind die Gelder nicht geplant.
Antrag	Das Departementssekretariat FD wird beauftragt, auf die Einführung des jährlich wiederkehrenden Besuches bei jedem Schuldner zuhause durch die Betreibungsämter zu verzichten.

Veränderungskompetenz      Regierungsrat      Erfasst    Departement      Priorität    **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahr</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext.	Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	300	300	300	300	300	<b>1'200</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-300	-300	-300	-300	-300	-1'200
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>1'200</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-300	-300	-300	-300	-300	-1'200

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	50	30	0	0	0	<b>80</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-50	-30	0	0	0	-80

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> <b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012      Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>



## Controllerdienste

## Steueramt

FD

**FD\_4 Erhöhung Abgabemahnggebühr bei der Steuererklärung**

Ziel Abgabemahnggebühr bei der Steuererklärung gemäss dem Verwaltungsaufwand erheben.

Beschreibung Erhöhung der Abgabemahnggebühr bei der Steuererklärung gemäss dem Verwaltungsaufwand.

Abhängigkeiten Konflikte, Änderungsbedarf Änderung der Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern, in Kompetenz RR. Einspruch des KR's zur Änderung der Vollzugsverordnung (Veto Nr. 264) hat der RR am 22.Nov.2011 abgelehnt (RRB 2011/2445).

Antrag Das Finanzdepartement wird beauftragt, die Abgabemahnggebühr bei der Steuererklärung gemäss dem Verwaltungsaufwand anzupassen.

Veränderungskompetenz Regierungsrat Erfasst Departement Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Ertragsverbesserung</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahr</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	100	100	100	100	100	<b>400</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-100	-100	-100	-100	-100	-400
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>400</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-100	-100	-100	-100	-100	-400

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	20	20	0	0	0	<b>40</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-20	-20	0	0	0	-40

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> 8. Mai 2012	<b>Wichtigste Ereignisse</b> Regierungsratssitzung	<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Steueramt

FD

**FD\_5 Steuererhöhung natürl. Personen von 104% auf 108%**

Ziel Steuererhöhung bei natürlichen Personen

Beschreibung Steuererhöhung natürl. Personen von 104% auf 108% ab dem 1. Jan. 2013.

Abhängigkeiten  
Konflikte,  
Änderungs-  
bedarf

Antrag Das Finanzdepartement wird beauftragt, eine Steuererhöhung bei den natürlichen Personen von 104% auf 108% ab dem 1. Jan. 2013 dem Kantonsrat zu beantragen.

Veränderungskompetenz Kantonsrat Erfasst AFIN Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Ertragsverbesserung</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahr</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b>	Ext. Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	28'000	30'000	29'000	30'500	29'000	<b>117'500</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-28'000	-30'000	-29'000	-30'500	-29'000	-117'500
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>28'000</b>	<b>30'000</b>	<b>29'000</b>	<b>30'500</b>	<b>29'000</b>	<b>117'500</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-28'000	-30'000	-29'000	-30'500	-29'000	-117'500

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	5	0	0	0	0	<b>5</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-5	0	0	0	0	-5

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> <b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012 Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Personalamt

FD

**FD\_6 Controlling des Pensenbestandes überarbeiten**

Ziel Gemässigt und kontrolliertes Wachstum der Personalkosten.

Beschreibung Überprüfung des Soll-Pensenbestandes und Verfahrens gemäss RRB 2008/1426. Plafonierung auf einer überarbeiteten Basis. Berechnungsgrundlage der Einsparung: Durchschnittliches Wachstum in den letzten Jahren ca. + 20 Pensen.

Abhängigkeiten Keine Umkehr der WoV-Gesetzgebung. Die Globalbudgetsaldo werden von den Amtsstellen gut bewirtschaftet. Das "Pensencontrolling" soll im Verfahren als pragmatisches Instrument der Regierung ausgebaut werden und den Druck zur Prozessoptimierung und Rationalisierung erhöhen.

Antrag Das Personalamt in Absprache mit den Departementen (Controllerkreis) wird beauftragt, das Verfahren des Pensencontrollings zu optimieren und auf ein aufgaben-übereinstimmends Pensenwachstum zu beschränken.

Veränderungskompetenz Regierungsrat Erfasst AFIN Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahr</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	1'000	2'000	3'000	4'000	4'000	<b>10'000</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-1'000	-2'000	-3'000	-4'000	-4'000	-10'000
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>1'000</b>	<b>2'000</b>	<b>3'000</b>	<b>4'000</b>	<b>4'000</b>	<b>10'000</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-1'000	-2'000	-3'000	-4'000	-4'000	-10'000

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	100	5	5	5	5	<b>120</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-100	-5	-5	-5	-5	-120

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> 8. Mai 2012	<b>Wichtigste Ereignisse</b> Regierungsratssitzung	<b>genehmigt</b>





## Controllerdienste

Amt für Finanzen

FD

**FD\_9 Anpassung der AHV-Ersatzrente an das neue Rücktrittsalter**

Ziel Anpassung der AHV-Ersatzrente an das neue Rücktrittsalter 65

Beschreibung Mit dem neuen Pensionsalter von 65 Jahren wird die AHV-Ersatzrente in der heutigen Form in Frage gestellt. Eine Reduktion oder Abschaffung der Finanzierung beziehungsweise die Mitfinanzierung der AHV-Ersatzrente sind evtl. mit anderweitigen Kompensation sozialpartnerschaftlich auszuhandeln.

Abhängigkeiten Es ist mit Widerständen des Personals und der Arbeitnehmerverbände zu rechnen.  
Konflikte, Anpassung des Gesamtarbeitsvertrages, GAV § 205 und der Statuten der kantonalen  
Änderungs- Pensionkasse § 26 und § 43 sind notwendig.  
bedarf

Antrag Das Personalamt wird beauftragt, die Anpassung der AHV-Ersatzrente an das neue Rücktrittsalter 65, mit den Sozialpartnern in der GAV-Kommission zu verhandeln mit dem Ziel, ab dem 1.1.2014 jährlich CHF 3.9 Mio. einzusparen.

Veränderungskompetenz Kantonsrat Erfasst Departement Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahr</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	0
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan		3'900	3'900	3'900	3'900	11'700
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	-3'900	-3'900	-3'900	-3'900	-11'700
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>0</b>	<b>3'900</b>	<b>3'900</b>	<b>3'900</b>	<b>3'900</b>	<b>11'700</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	0	-3'900	-3'900	-3'900	-3'900	-11'700

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	100	50	0	0	0	150
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-100	-50	0	0	0	-150

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> 8. Mai 2012	<b>Wichtigste Ereignisse</b> Regierungsratssitzung	<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Amt für Finanzen

FD

**FD\_10 Kreditorenprozess kantonsweit zentralisieren**

Ziel Kreditorenprozess mit SAP kantonsweit zentralisieren

Beschreibung Reorganisation der Verbuchung von Rechnungen. Wir gehen davon aus, dass in den Dienststellen durchschnittlich ein 20%-Pensum eingespart werden könnte. Bei ca. 40 Dienststellen ergibt dies 800%, d.h. 8 Vollzeitstellen. Im Gegenzug müssten ca. 4 Vollzeitstellen eingesetzt werden für die zentrale Erfassung.

Abhängigkeiten Konflikte, Änderungsbedarf Widerstände der einzelnen Dienststellen gegen eine allfällige Pensenreduktion.

Antrag Das Amt für Finanzen in Absprache mit den Departementen wird beauftragt, den Kreditorenprozess mit SAP kantonsweit zu zentralisieren, so dass eine Einsparung von CHF 600'000.- auf den 1.1.2014 realisiert werden kann.

Veränderungskompetenz Regierungsrat Erfasst AFIN Priorität 2

Finanzen		jährlich Wiederkehrend		Aufwandreduktion			
in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016	Folgejahr	Total 13-16
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	0
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan		600	600	600	600	1'800
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	-600	-600	-600	-600	-1'800
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>0</b>	<b>600</b>	<b>600</b>	<b>600</b>	<b>600</b>	<b>1'800</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	0	-600	-600	-600	-600	-1'800

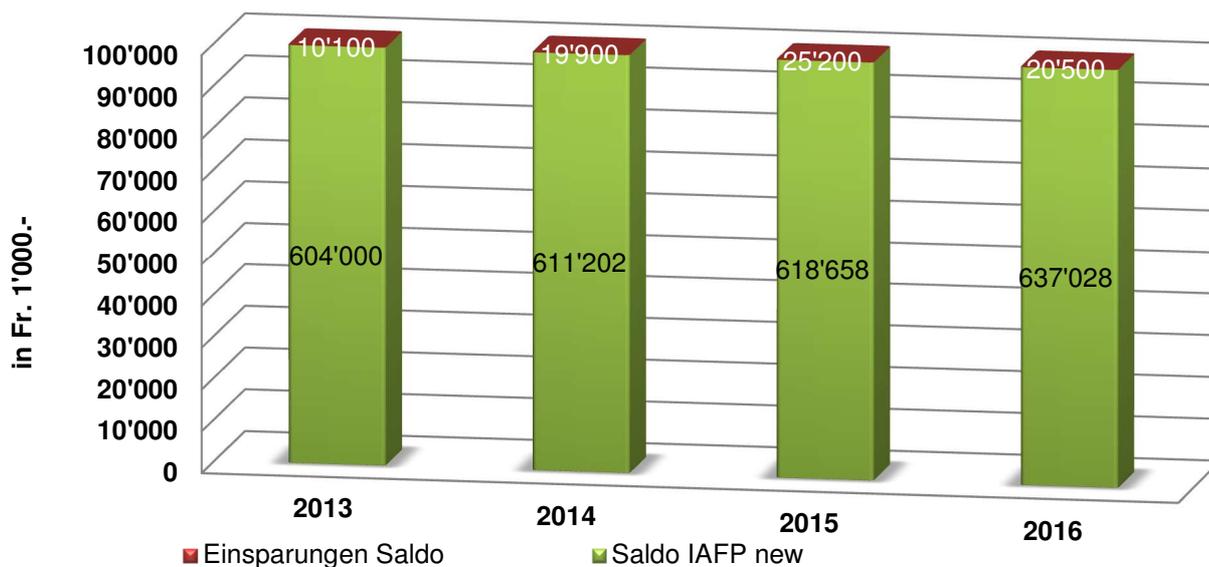
Geschätzter interner Aufwand		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	90	50	0	0	0	140
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	-90	-50	0	0	0	-140

Bericht	Status	Unerledigt
<b>Datum</b> 8. Mai 2012	<b>Wichtigste Ereignisse</b> Regierungsratssitzung	<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Departement des Innern

in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016
<b>IAFP 2013-16</b>	Aufwand	909'384	935'955	963'422	989'562
Stand Eingaben	Ertrag	-364'001	-373'569	-388'280	-400'750
	Verrechnungen	68'716	68'716	68'716	68'716
	<b>Saldo IAFP</b>	<b>614'100</b>	<b>631'102</b>	<b>643'858</b>	<b>657'528</b>
Vorgabe VA 12	Saldo	587'778	587'778	587'778	587'778
Diff.VA12-IAFP	Saldo	-26'322	-43'324	-56'080	-69'750
<b>Massnahmen</b>	<b>Einsparungen</b>	<b>10'100</b>	<b>19'900</b>	<b>25'200</b>	<b>20'500</b>
Diff. V-M	Saldo	-16'222	-23'424	-30'880	-49'250
<b>IAFP inkl. Massnahmen</b>	<b>Saldo IAFP n</b>	<b>604'000</b>	<b>611'202</b>	<b>618'658</b>	<b>637'028</b>



## Massnahmen

Ddl_1	Senkung Prämienverbilligung	genehmigt
Ddl_2	Konzentration der Untersuchungsgefängnisse	genehmigt
Ddl_3	Steigerung der Verkehrssicherheit	genehmigt
Ddl_4	Erhöhung Motorfahrzeugsteuer	genehmigt
Ddl_5	Ausschöpfung des Gebührenrahmens	genehmigt
Ddl_6	Verzicht auf Krebsregister	genehmigt
Ddl_7	Verzicht auf Einführung Mammografie-Screening	genehmigt
Ddl_8	Finanzierung aus dem Lotteriefonds	genehmigt
Ddl_9	Spitalfinanzierung: Verzicht auf Erhöhung des Kostenanteils 2014 und 2015	genehmigt

## Controllerdienste

## Amt für Soziale Sicherheit

Ddl

**Ddl\_1 Senkung Prämienverbilligung**

Ziel Die Prämienverbilligung beträgt ab 1.1.2013 70%.

Beschreibung Senken der Prämienverbilligung ab 1.1.2013 auf 70% .

Abhängigkeiten  
Konflikte,  
Änderungs-  
bedarf  
Gesetzesanpassung in Kompetenz Kantonsrat.

Antrag Die Amt für Soziale Sicherheit wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Senkung der Prämienverbilligung auf 70% zu beantragen, die ab 1.1.2013 wirksam wird.

Veränderungskompetenz Kantonsrat Erfasst Departement Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	7'200	7'500	7'800	8'100	8'400	<b>30'600</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-7'200	-7'500	-7'800	-8'100	-8'400	-30'600
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>7'200</b>	<b>7'500</b>	<b>7'800</b>	<b>8'100</b>	<b>8'400</b>	<b>30'600</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-7'200	-7'500	-7'800	-8'100	-8'400	-30'600

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	10	0	10	0	0	<b>20</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-10	0	-10	0	0	-20

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> 8. Mai 2012	<b>Wichtigste Ereignisse</b> Regierungsratssitzung	<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Amt für Justizvollzug

Ddl

**Ddl\_2 Konzentration der Untersuchungsgefängnisse**

Ziel Konzentration der Untersuchungsgefängnisse an einem Standort.

Beschreibung Vorlage einer UG-Strategie bis Ende 2012 an Regierungsrat.

Abhängigkeiten Annahme durch RR und KR. Je nach Höhe der Investitionen wird eine Volksabstimmung  
Konflikte, notwendig sein. Einsparungen sind nur bei Einigung auf einen Standort und erst nach  
Änderungs- Inbetriebnahme eines neuen Gebäudes möglich. Je nach Strategie sind entsprechende (Bau-)  
bedarf Investitionen notwendig.

Antrag Das Amt für Justizvollzug ist beauftragt, der Regierung eine "Untersuchungsgefängnis-  
Strategie" bis Dez. 2012 vorzulegen.

Veränderungskompetenz Kantonsrat Erfasst Departement Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b>	Ext. Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
Kosten	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	0	0	0	0	1'000	<b>0</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	-1'000	0
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1'000</b>	<b>0</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	-1'000	0

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	70	70	70	50	50	<b>310</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-70	-70	-70	-50	-50	-310

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> <b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012 Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

Polizei

Ddl

**Ddl\_3 Steigerung der Verkehrssicherheit**

Ziel Steigerung der Verkehrssicherheit

Beschreibung Vermehrte Kontrollen steigern die Verkehrssicherheit und erhöhen die Busseneinnahmen.

Abhängigkeiten Abhängig vom Verkehrsverhalten (vor allem für die Jahre 2015/2016).  
 Konflikte, Vermehrte Kontrollen bedingen neben einem höheren Personaleinsatz Investitionen in  
 Änderungs- mobile/fixe Radarstationen im Umfang von 250'000 Franken.  
 bedarf

Antrag Das Kantonspolizei wird beauftragt, die Verkehrsicherheit mit vermehrten Kontrollen zu erhöhen.

Veränderungskompetenz Departement Erfasst Departement Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Ertragsverbesserung</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500	<b>6'000</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-1'500	-1'500	-1'500	-1'500	-1'500	-6'000
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>1'500</b>	<b>1'500</b>	<b>1'500</b>	<b>1'500</b>	<b>1'500</b>	<b>6'000</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-1'500	-1'500	-1'500	-1'500	-1'500	-6'000

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	60	60	60	60	60	<b>300</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-60	-60	-60	-60	-60	-300

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> 8. Mai 2012	<b>Wichtigste Ereignisse</b> Regierungsratssitzung	<b>genehmigt</b>





## Controllerdienste

## Gesundheitsamt

Ddl

**Ddl\_6 Verzicht auf Krebsregister**

Ziel Der Kanton Solothurn führt kein Krebsregister.

Beschreibung Rückkommensantrag: Entgegen des vom Kantonsrat am 25. Juni 2008 beschlossenen Auftrages wird auf ein Krebsregister verzichtet. Das Krebsregister ist bisher nicht im IAFP enthalten.

Abhängigkeiten  
Konflikte,  
Änderungs-  
bedarf

Antrag Das Gesundheitsamt wird beauftragt, dem Kantonsrat 2012 den Verzicht auf die Führung eines Krebsregisters zu beantragen.

Veränderungskompetenz Kantonsrat Erfasst Departement Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	300	300	300	300	300	<b>1'200</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-300	-300	-300	-300	-300	-1'200
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>1'200</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-300	-300	-300	-300	-300	-1'200

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0

<b>Bericht</b>		Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b>	<b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Gesundheitsamt

Ddl

**Ddl\_7 Verzicht auf Einführung Mammografie-Screening**

Ziel Der Kanton Solothurn verzichtet auf die Einführung eines Mammografie-Screenings.

Beschreibung Rückkommensantrag: Entgegen des vom Kantonsrat am 10. November 2010 beschlossenen Auftrages wird auf die Einführung des Mammografie-Screenings verzichtet. Das Mammografie-Screening ist bisher nicht im IAFP enthalten.

Abhängigkeiten  
Konflikte,  
Änderungs-  
bedarf

Antrag Das Gesundheitsamt wird beauftragt, dem Kantonsrat 2012 den Verzicht auf die Einführung des Mammografie-Screenings zu beantragen.

Veränderungskompetenz Kantonsrat Erfasst Departement Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	500	500	500	500	500	<b>2'000</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-500	-500	-500	-500	-500	-2'000
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>2'000</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-500	-500	-500	-500	-500	-2'000

**Geschätzter interner Aufwand**

in Personentage		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
<b>Aufwand</b>	Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> 8. Mai 2012	<b>Wichtigste Ereignisse</b> Regierungsratssitzung	<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Gesundheitsamt

Ddl

**Ddl\_8 Finanzierung aus dem Lotteriefonds**

Ziel Gemäss der Zweckbestimmung des Lotteriefonds werden befristet kantonale Projekte finanziert.

Beschreibung Der Lotteriefonds wird vermehrt belastet. Departementsübergreifend

Abhängigkeiten -  
Konflikte,  
Änderungs-  
bedarf

Antrag Das Gesundheitsamt wird beauftragt, im Rahmen der Zweckbestimmung vom Lotteriefonds vermehrt kantonale Projekte daraus zu finanzieren.

Veränderungskompetenz Kantonsrat Erfasst Departement Priorität **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total 13-16</b>
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	500	500	500	500	500	<b>2'000</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	-500	-500	-500	-500	-500	-2'000
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>2'000</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	-500	-500	-500	-500	-500	-2'000

<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>Folgejahre</b>	<b>Total</b>
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Ist	0	0	0	0	0	<b>0</b>
	Diff.	0	0	0	0	0	0

<b>Bericht</b>	Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b> 8. Mai 2012	<b>Wichtigste Ereignisse</b> Regierungsratssitzung	<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Gesundheitsamt

Ddl

**Ddl\_9 Spitalfinanzierung: Verzicht auf Erhöhung des Kostenanteils 2014 und 2015**

Ziel	In der neuen Spitalfinanzierung wird auf die geplante Steigerung des Kantonsanteils von jährlich 1% ab 2013 verzichtet.
Beschreibung	Entgegen dem gemäss RRB Nr. 2011/673 vom 29. März 2012 geplanten jährlichen Anstieg um 1 Prozentpunkt soll der Kostenanteil 2014 und 2015 nicht erhöht, sondern auf 51% belassen werden.
Abhängigkeiten Konflikte, Änderungs- bedarf	-
Antrag	Das Gesundheitsamt wird beauftragt, einen neuen Antrag an den Regierungsrat einzureichen.

Veränderungskompetenz                      Regierungsrat                      Erfasst    Departement                      Priorität    **2**

<b>Finanzen</b>		<b>jährlich Wiederkehrend</b>		<b>Aufwandreduktion</b>			
in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total 13-16
<b>Aufwand</b> Ext. Kosten	Plan	0	0	0	0	0	0
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0
<b>Einsparung</b>	Plan	0	5'000	10'000	5'000	0	20'000
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	-5'000	-10'000	-5'000	0	-20'000
<b>Saldo</b>	<b>Plan</b>	<b>0</b>	<b>5'000</b>	<b>10'000</b>	<b>5'000</b>	<b>0</b>	<b>20'000</b>
	<b>Ist</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	Diff.	0	-5'000	-10'000	-5'000	0	-20'000

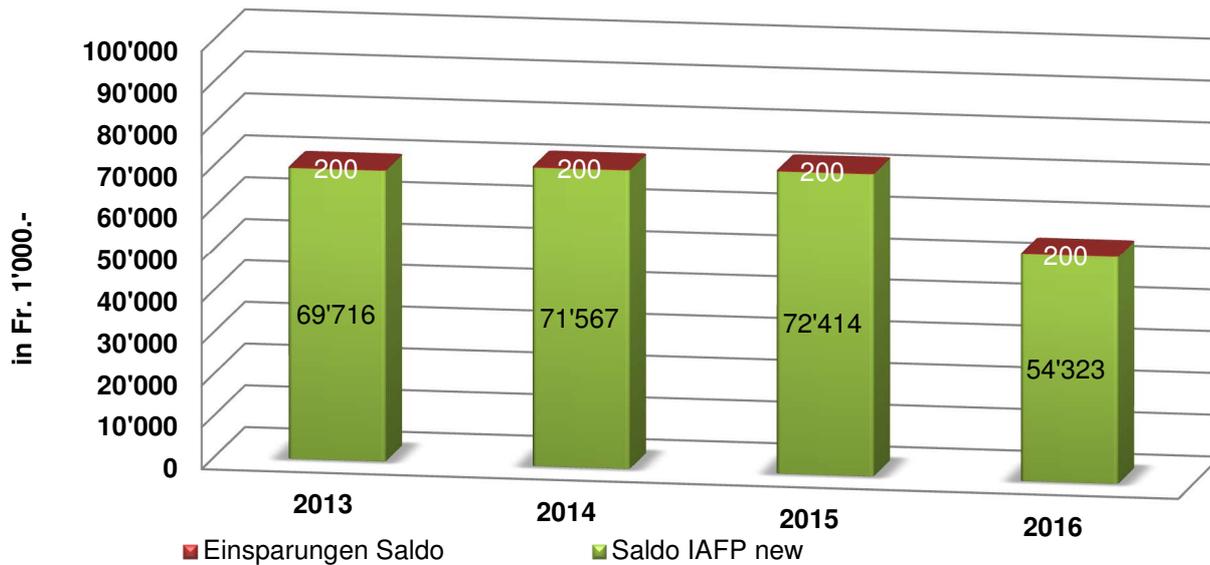
<b>Geschätzter interner Aufwand</b>		2013	2014	2015	2016	Folgejahre	Total
in Personentage							
<b>Aufwand</b>	Plan	0	0	0	0	0	0
	Ist	0	0	0	0	0	0
	Diff.	0	0	0	0	0	0

<b>Bericht</b>		Status	<b>Unerledigt</b>
<b>Datum</b>	<b>Wichtigste Ereignisse</b>		
8. Mai 2012	Regierungsratssitzung		<b>genehmigt</b>

## Controllerdienste

## Volkswirtschaftsdepartement

in Fr. 1'000.-		2013	2014	2015	2016
<b>IAFP 2013-16</b>	Aufwand	215'971	214'364	215'637	198'077
Stand Eingaben	Ertrag	-143'356	-139'421	-139'371	-139'426
	Verrechnungen	-2'700	-3'176	-3'652	-4'128
	<b>Saldo IAFP</b>	<b>69'916</b>	<b>71'767</b>	<b>72'614</b>	<b>54'523</b>
Vorgabe VA 12	Saldo	70'145	70'145	70'145	70'145
Diff.VA12-IAFP	Saldo	229	-1'623	-2'470	15'621
<b>Massnahmen</b>	<b>Einsparungen</b>	<b>200</b>	<b>200</b>	<b>200</b>	<b>200</b>
Diff. V-M	Saldo	429	-1'423	-2'270	15'821
<b>IAFP inkl. Massnahmen</b>	<b>Saldo IAFP n</b>	<b>69'716</b>	<b>71'567</b>	<b>72'414</b>	<b>54'323</b>



## Massnahmen

VWD\_1 Organisationsüberprüfung und Konzentration des AMB auf zwei Standorte genehmigt

